



QIN
Quartiersinitiative
Niedersachsen

DOKUMENTATION
SYMPOSIUM „GESTALTQUALITÄT IM QUARTIER“
IT-ZENTRUM KAISERSTRASSE, LINGEN, 4. MAI 2010



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration

SYMPOSIUM „GESTALTQUALITÄT IM QUARTIER“

IT-ZENTRUM KAISERSTRASSE, LINGEN, 4. MAI 2010

10:00	Einlass und Begrüßungskaffee	12:00	Gestaltungsaspekte im Schnittbereich öffentlicher und privater Interessen Lothar Tabery Architekt und Vorstandsmitglied der AKNDS, Bremervörde	15:30	QiN in der Praxis III Jens-Martin Wolff Stadtbaurat der Stadt Holzminden Norbert Lopitzsch Denkmalpfleger der Stadt Neustadt a. Rbge.
10:30	Begrüßung Georg Lisiecki Stadtbaurat der Stadt Lingen Christian Kuthe Referatsleiter Städtebau, Bauleitplanung und Baukultur, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Hannover	12:30	QiN in der Praxis II Ellen Brinkhege Historisches Iburg e. V. Cornelia Hembrock Fachdienst Planen und Bauen, Bad Iburg Fabian Neubert Braunschweig Stadtmarketing GmbH	16:00	Zusammenfassung Prof. Dr. Lutz Beckmann Dekan Architektur, FH Oldenburg
11:00	Das Zusammenspiel von Aneignung, Wahrnehmung und Gestaltung öffentlicher Räume Dr. Robert Kaltenbrunner Architekt und Stadtplaner, Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn / Berlin	13:00	Gemeinsames Mittagessen	16:15	Schlusswort Christian Kuthe Referatsleiter Städtebau, Bauleitplanung und Baukultur, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Hannover
11:30	QiN in der Praxis I Lothar Meyer-Mertel Hildesheim Marketing GmbH Carl Kressmann „Hildesheim blüht auf“ e. V. Jochen Buchholz Stadtmarketinggesellschaft Wolfenbüttel mbH & Co. KG	14:00	Begehungen in Lingen Peter Krämer Fachbereichsleiter Stadtplanung und Hochbau der Stadt Lingen Georg Lisiecki Stadtbaurat der Stadt Lingen	16:30	Ende der Veranstaltung Moderation Prof. Dr. Lutz Beckmann Dekan Architektur, FH Oldenburg
		15:00	Ganzheitliche Gestaltplanungen der Freiflächen im Quartier Prof. Dr. Stefan Bochnig Gruppe Freiraumplanung Landschaftsarchitekten, Hannover		

„Ein Ort an dem man sich gern aufhält“ QiN-Symposium zur Gestaltqualität im Quartier

In den früheren Hallen des großen Lingener Eisenbahnausbesserungswerks fand am 4. Mai 2010 ein QiN-Symposium zum Thema „Gestaltqualität im Quartier“ statt. Mehr als 60 Vertreter von Städten und Quartiersinitiativen sowie weitere Interessierte waren der Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in die Emsstadt gefolgt.



Georg Lisiecki, Stadtbaurat der Stadt Lingen, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er freue sich, dass Lingen mit seiner Gastgeberrolle „dem Land ein bisschen zurückgeben“ könne. Denn: „Dieses QiN-Projekt, das wir hier mit Unterstützung des Landes Niedersachsen 2007 durchführen konnten, war ein einziger Glücksfall für die Stadt.“ Ein wesentlicher Schwerpunkt sei dabei „die Erneuerung einer in die Jahre gekommenen, von Waschbetonoptik geprägten Fußgängerzone“ gewesen.

Lingen selbst habe damals einen Wettbewerb durchgeführt. „Das Besondere daran war, dass die Kaufleute das mitbezahlen sollten und auch intensiv eingebunden waren in die Aufgabenstellung.“ Der Partizipationsprozess sei also nicht auf das Bezahlen reduziert gewesen, „sondern eben auch auf das Entwickeln und Entscheiden“.

„Dann hatten wir das Glück, dass am Abend der Preisgerichtssitzung das erste QiN-Programm ausgelobt wurde.“ Man habe sich daraufhin gesagt: „Das wäre die Chance, wenn es uns gelingt, möglichst schnell Geld zusammenzubringen.“ Tatsächlich sei es damals gelungen, innerhalb von drei oder vier Wochen 72.000 Euro bei der Kaufmannschaft einzusammeln – „und ja, wir wurden ins Programm aufgenommen“. Dieses Projekt habe man in Lingen immer als Initialzündung verstanden – „und das war es auch wirklich, insofern ein Glücksfall“.

Lisiecki erinnerte an die Vergangenheit des Tagungsortes. In den alten Hallen des großen Eisenbahnausbesserungswerks hätten früher einmal 2.000 Menschen gearbeitet. Heute existierten hier ein IT-Zentrum, eine Kunsthalle sowie ein modernes Dienstleistungs- und Veranstaltungszentrum. Nicht zu vergessen: „Die Berufsakademie Emsland wird – so ist die Absicht – mit der Fachhochschule Osnabrück am Standort Lingen fusionieren.“ 2.000 Studierende würden dann hier studieren.

Wenn man von Lingen spreche, „dann gibt es diesen Begriff ‚Energy Valley‘“. Lingen verfüge als einer der führenden Energiestandorte in Deutschland über drei Kraftwerke. „Das ist auch der Grund für den relativen Reichtum dieser Kommune, und dafür, dass wir uns, was die Gestaltqualität betrifft, Einiges leisten können.“ Ein Thema sei das der Beleuchtung: „Wir haben uns auf der Grundlage eines eingekauften Beleuchtungskonzeptes mit den öffentlichen Gebäuden auseinandergesetzt und haben jetzt umgestellt auf eine sehr lebendige Beleuchtung der architektonischen Details.“

Ein weiteres Highlight sei die neu geschaffene Bahnhof-Unterführung. Ein Projekt, das auch darauf zurückzuführen sei, dass Lingen Hochschulstandort werden solle. „Erstens sollte es eine Innenstadthochschule sein, also keine Campus-Hochschule irgendwo auf der grünen Wiese.“ Eine Bedingung des Wissenschaftsrats sei zudem gewesen, dass eine Verbindung zwischen der Innenstadt und der anderen Seite der Gleise bestehen müsse. „Deshalb haben wir dann diese sehr aufwändige Radfahrer- und Fußgängerunterführung gebaut, die ein Bauwerk ist, das die Linger sehr gerne haben.“ In dieser Unterführung arbeite man ausgeprägt mit dem Element Licht, „sowohl aus atmosphärischen Gründen, aber auch um hier keine Angsträume zu schaffen“.

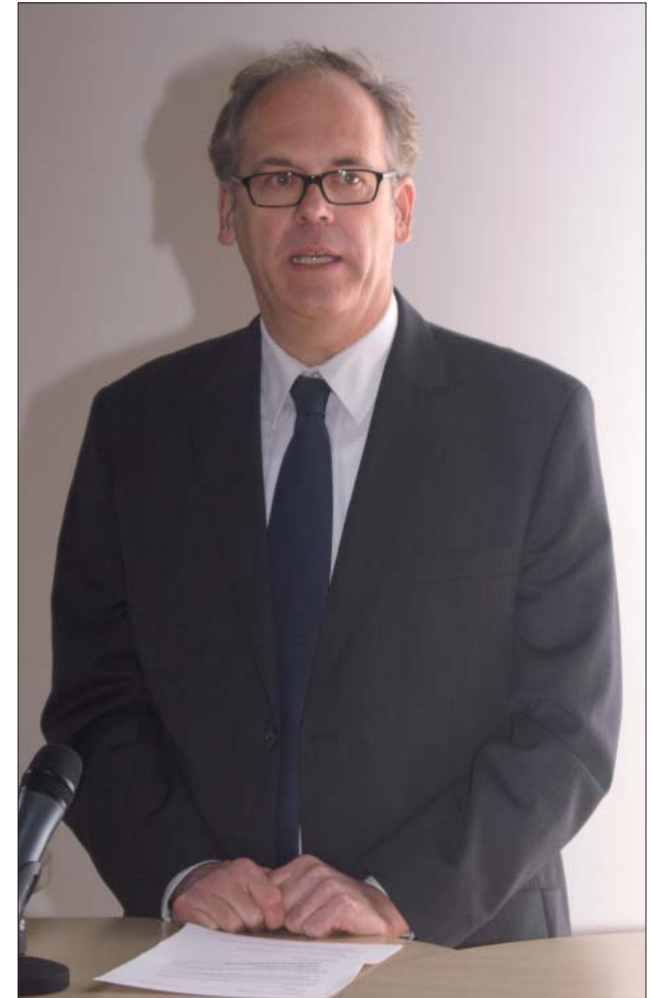
Augenblicklich baue Lingen am vierten Bauabschnitt der Fußgängerzone – „nach dem bekannten Modell der Partnerschaft von öffentlicher und privater Hand“. Im Fokus stünde dabei die Stadtgrabenpromenade. „Es gab mal rund um die Innenstadt einen Stadtgraben, den wir wieder zeigen und dokumentieren wollen.“ Dazu werde man den Stadtgraben zwar nicht erneut ausheben. „Aber wir haben uns entschieden, den Stadtgraben artifiziell mit wiederkehrenden Gestaltungselementen zu dokumentieren.“

Belebung der Innenstädte – Handlungsbedarfe an vielen Ecken

Anschließend begrüßte Christian Kuthe, der für QiN zuständige Referatsleiter für Städtebau im Niedersächsischen Sozialministerium, die Anwesenden. Man habe mit der Entscheidung, nach Lingen zu kommen, „ein bisschen investiert in Fahrtaufwand und Zeit – aber ich denke, das lohnt sich.“ Man habe sich Lingen gezielt als Ort für diese Veranstaltung ausgesucht, „weil es ein idealer Ort für diese Veranstaltung ist“. Die Stadt sei typisch für ein Gros der Städte, in denen QiN-Projekte durchgeführt werden. In Lingen passiere aktuell viel an Stadtentwicklungsumsetzungen. „Wir können hier sehen, wie aktuelle moderne, weiterführende Elemente eingebaut werden in ein maßstäbliches Stadtbild, in einen gewachsenen Stadtgrundriss. Damit wird bewahrt, was an Qualität vorhanden und weiterzuentwickeln ist im Hinblick auf anstehende Bedarfe und Anforderungen.“

Die Gestaltqualität als Thema des heutigen Symposiums sei Teil eines Programms, das zur Begleitung und Unterstützung der QiN-Projekte durchgeführt werde. Es gehe um die Belebung der Innenstädte – „und da ist sicherlich viel zu tun, wenn wir an die drohende oder zum Teil schon eingetretene Verödung und Verramschung in den Innenstädten denken“. Gleichzeitig gehe es aber auch um innovative Stadtentwicklung und Stadterneuerungsstrategien. „Das Innovative daran ist bei QiN das private Engagement, das gemeinschaftlich organisiert werden soll aus dem Quartier heraus und für das Quartier - und zwar in guter Zusammenarbeit mit der Stadt.“

„Warum gerade Gestaltqualität?“, fragte Kuthe. Es sei augenfällig, dass die öffentlichen Räume in zahlreichen Innenstädten Defizite in dieser Frage aufwiesen. „Das



In dem Workshop solle es darum gehen, Sensibilität zu entwickeln, sagte Christian Kuthe: „Was ist an den gestalterischen, stadtgestalterischen, städtebaulichen, architektonischen Elementen und Möblierungen nicht optimal und sollte nach Möglichkeit weiterentwickelt werden?“



Der Architekt und Stadtplaner Dr. Robert Kaltenbrunner vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung referierte über das „Zusammenspiel von Aneignung, Wahrnehmung und Gestaltung öffentlicher Räume“.

betrifft die horizontalen Elemente, also die Fußgängerzone oder Straßenräume, genauso wie die vertikalen Elemente links und rechts dieser Räume, also die begleitenden, die privaten Immobilien.“ Hier existiere „eine Menge städtebaulichen und stadtgestalterischen Handlungsbedarfs an vielen Ecken“.

Heute solle es darum gehen, Sensibilität dafür zu entwickeln: „Was ist an den gestalterischen, stadtgestalterischen, städtebaulichen, architektonischen Elementen und Möblierungen in diesen Bereichen nicht optimal und sollte nach Möglichkeit weiterentwickelt werden?“ Zudem solle die heutige Veranstaltung zeigen, wie positive Alternativen aussehen könnten – „und vor allem, wie man da hin kommt“.

Das Zusammenspiel von Aneignung, Wahrnehmung und Gestaltung öffentlicher Plätze

Christian Kuthe übergab das Wort an den Architekten und Stadtplaner Dr. Robert Kaltenbrunner, der als Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung tätig ist. Dr. Kaltenbrunner: „Ich breche aus „meinem öffentlich-rechtlichen Arbeitskontext aus“ und trage das zusammen, was mir zu dem Thema auffällt oder einfällt – und da ist relativ viel Gesellschaftskritisches dabei“. (Der Vortrag Dr. Kaltenbrunners ist in voller Länge in der Anlage zu dieser Dokumentation abgedruckt.).

QiN in der Praxis I

Im Anschluss bat Moderator Prof. Dr.-Ing. Lutz Beckmann von der FH Oldenburg zum ersten Interview „QiN in der Praxis“. Neben Jochen Buchholz, dem Citymanager der

Stadtmarketinggesellschaft Wolfenbüttel mbH & Co. KG, äußerten sich darin Lothar Meyer-Mertel, Geschäftsführer der Hildesheim Marketing GmbH, und Carl Kressmann, Vorsitzender des Vereins „Hildesheim blüht auf“.

QiN-Projekt Hildesheim 2008

Lothar Meyer-Mertel berichtete, dass sich Hildesheim 2008 mit dem Projekt „Platz für Ideen“ zum zweiten Mal erfolgreich bei QiN beworben habe. „Wir haben uns konkret um einen Kernbereich im Innenbereich bemüht, mit dem Rathaus mittendrin.“ Im Fokus standen dabei drei Plätze: Der Doppelplatz am Markt, im Volksmund Lilie genannt, sowie der Andreasplatz und der Pferdemarkt. „Ziel war es“, so Meyer-Mertel, „diese Plätze ins Bewusstsein zu rücken, aber auch eine Nutzungskonzeption für diese Plätze zu finden und nicht zuletzt eine Vernetzung der Plätze untereinander zu gewährleisten.“

Organisiert habe man den Prozess mithilfe einer Lenkungsgruppe, die zunächst Workshops mit den Akteuren vor Ort durchgeführt habe. „Alle Anrainer, die etwas mit den Plätzen zu tun hatten oder im weitesten Sinne daran beteiligt waren, waren eingeladen zu einer gemeinsamen Stärken-Schwächen-Analyse.“ Anschließend habe man eine Planungswerkstatt durchgeführt, zu der fünf Architekturbüros aus ganz Deutschland eingeladen wurden. „Die sind ein Wochenende gewissermaßen eingesperrt und erst wieder herausgelassen worden, als sie entsprechende Vorschläge unterbreitet haben.“ Tatsächlich hätten die Büros einen gemeinsamen Vorschlag entwickelt, der dann in einer Informationsveranstaltung vorgestellt worden sei.

Das Konzept habe vorgesehen, den Plätzen verschiedene Funktionen zuzuschreiben. „Für den Doppelplatz Lilie beinhaltet das eine Eventfläche im weitesten Sinne,

eine Fläche, auf der Kommunikation, Handel, Leben, Aktivitäten stattfinden.“ Gleiches werde für den Pferdemark angestrebt. Als Gegenpol habe man den Teilbereich um die Kirche herum „Platz der Ruhe und der Kontemplation“ definiert. „Und gerade in dieser Polarität und dieser Janusköpfigkeit fanden wir einen sehr schönen konzeptionellen Ansatz: Leben, Aktivität und Kommunikation hier und Ruhe, Entschleunigung, Kontemplation dort.“ Diese Polarität würde durch unterschiedliche Beleuchtungskonzepte und Farbenstrukturen unterstrichen.

QiN-Projekt Wolfenbüttel 2007

Jochen Buchholz skizzierte das Wolfenbütteler QiN-Projekt „Alte Heinrichstadt“ aus dem Jahr 2007. „Wir haben uns ganz bewusst auf eine Nebenlage konzentriert und dabei die Privaten dazu motiviert, in ihrem Quartier aktiv zu werden und mitzuhelfen, für ihr Quartier eine Verbesserung der Situation hinzubekommen.“ Der Projektanspruch sei demnach gewesen, eine Quartiersinitiative zu initiieren, „eine Gemeinschaft, die das ganze Projekt, das ganze Quartier beleuchtet, Stärken, Schwächen analysiert und daraus ableitet, was getan werden muss.“ Deshalb habe der Fokus auf der Moderation und personellen Begleitung gelegen und seien kaum investive Maßnahmen durchgeführt worden.

Der Handelsbesatz sei zu Beginn des Projektes kritisch gewesen: „Wir hatten damals zwar nur sechs Leerstände, es deuteten sich aber durchaus weitere an.“ Darüber hinaus sei das Quartier durch eine hohe Gastronomiedichte geprägt. „Und da stehen natürlich Anwohnerinteressen und Interessen der gastronomischen Betreiber bzw. ihrer Gäste ein wenig konträr zueinander.“

In Workshop-Sitzungen habe man versucht, Handlungs-

felder zu definieren. „Das war zum einen der Verkehr im Quartier: Wir hatten extrem schnell fahrende Busfahrer in diesem Bereich, was ja nicht unbedingt förderlich ist für die Aufenthaltsqualität, wenn sie dort in der Gastronomie sitzen.“

Hinsichtlich der Leerstandsproblematik sei man intensiv mit den Eigentümern ins Gespräch gegangen. „Wir haben es hinbekommen, dass einige Eigentümer Kündigungen ausgesprochen haben gegenüber Einzelhandelsgeschäften, die wir nicht unbedingt weiter in diesem Quartier behalten wollten.“ Damit sei Raum geschaffen worden für zukunftssträchtige Neuansiedlungen. Man habe neue Geschäfte mit einem speziellen Angebot, wie Holzwaren oder Ähnliches angesiedelt. „Und wir haben es tatsächlich hinbekommen, dass wir jetzt nur noch einen einzigen Leerstand in dem Bereich haben.“

Im Bereich Aufenthaltsqualität sei mit klassischen Elementen gearbeitet worden, wie z. B. Blumenschmuck. „Das Quartier war immer ein bisschen stiefmütterlich vernachlässigt. Dementsprechend haben wir kleinere Anschaffungen gemacht, haben aufgegrünt in dem Bereich, was sehr positiv aufgenommen wurde.“ Und hinsichtlich der Sauberkeit habe man die Reinigungsintervalle verkürzt und damit viel erreicht. „Und inzwischen stehen die Geschäftsinhaber jetzt auch mal selber mit einem Besen vor dem Geschäft.“

Gestaltungsaspekte im Schnittbereich öffentlicher und privater Interessen

Im Anschluss an das Interview referierte Lothar Tabery, Architekt und Vorstandsmitglied der AKNDS, über „Gestaltungsaspekte im Schnittbereich öffentlicher und privater Interessen“. Tabery befand, „dass das Spannungsfeld



Im ersten Interview zu „QiN in der Praxis“ berichteten Jochen Buchholz aus Wolfenbüttel sowie Lothar Meyer-Mertel und Carl Kressmann aus Hildesheim (v. l. n. r.)



Lothar Tabery: „Kaum irgendwo wird das Spannungsfeld zwischen den öffentlichen und privaten Interessen deutlicher sichtbar als in der Stadtgestaltung selbst“

zwischen den öffentlichen und privaten Interessen kaum irgendwo deutlicher sichtbar wird als in der Stadtgestaltung selbst“. Hier trafen die Vorstellungen privater Akteure und öffentlicher Gestaltungsziele und Absichten mitunter unvermittelt aufeinander. Private bzw. individuelle Interessen kämen z. B. durch die Gestaltung der eigenen oder selbst genutzten Gebäude zum Ausdruck, „während der öffentlichkeitsbezogene Betrachtungsfokus der Allgemeinheit zumindest gesellschaftspolitisch gesehen viel mehr den gesamten Straßenraum, Stadtraum oder das Quartier im Auge haben sollte“.

Bewege man sich in den Interessen der privaten Gestaltung oder individuellen Gestaltung von Gebäuden, „so spielen häufig Begriffe mit wie Selbstverwirklichung, Selbstgestaltung, Corporate Identity, Kosten-Nutzen-Relation.“ Im öffentlich-allgemeinen Bereich und im Stadtraumbereich sollten aber eher Gemeinschaftsorientierung, Maßnahmenabstimmung, Integration, Gesamtqualitäten und langfristige Ziele im Fokus stehen. „Diese Faktoren und ihr Konfliktpotenzial können sich wiederum in eigenen oder einzelnen Schnittstellen im Bereich der Gebäude und Stadt oder Stadtbildplanung bzw. Gestaltung niederschlagen.“ Das wolle er anhand einiger Beispiele näher erläutern.

Die Schnittstelle „Baukörper und Straßenraum“ illustrierte Lothar Tabery anhand eines Beispiels einer norddeutschen Kleinstadt, die im Wesentlichen durch zwei Hauptdurchgangsstraßen geprägt sei. An der einen Hauptdurchgangsstraße liege ein relativ großes Grundstück, das durch einen Discounter bebaut worden sei. „Wenn Sie sich die Struktur dieser Stadt anschauen, dann werden Sie hier vor allem eine geschlossene Bauweise vorfinden, das heißt, einen durch historische Parzellenbreiten geprägten Stadtgrundriss.“ Der Neubau des Discounters habe das

völlig unberücksichtigt gelassen, „weil es ihm in erster Linie darum ging, große, für den Kunden von weitem her sichtbare Parkplätze zu schaffen“.

Hinsichtlich der Schnittstelle „Gebäudegliederung und Nachbarschaft“ unterstrich Lothar Tabery die Bedeutung von Gestaltungsmerkmalen, die fassadenübergreifend wirken, „nämlich Fensterproportionierung und Fensterrhythmisierung, gemeinsam mit Traufhöhen und Materialien“. Gestaltübergreifende oder fassadenübergreifende Merkmale beeinflussten den Raum bzw. die Gesamtsicht einer Straße wesentlich. „Das heißt, der Gedanke, aus einer Straße einen gemeinsam erlebbaren Raum oder unter gemeinsamen Aspekten erlebbaren Raum machen zu wollen, ist nicht zu unterschätzen.“ Entscheidend dabei sei, „dass das einzelne Gebäude, wenn es denn eine positive Gesamtwirkung erreichen will, sich einer ganzheitlichen oder gesamtheitlichen Gestaltung unterordnet, ohne aber auf individuelle Merkmale zu verzichten“.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei derjenige der Fassadenwerbung im Stadtbild. Natürlich sei der private Wunsch der Gewerbetreibenden, am eigenen und selbst genutzten Gebäude der Öffentlichkeit das gewerbliche Angebot darzustellen oder darauf aufmerksam zu machen, legitim. Die Frage aber laute: Wie? „Muss es in einer Form enden, wo man letztlich überhaupt keine Orientierung mehr hat? Wo der einzelne, obwohl er ja werben will, überhaupt gar nicht durchkommt mit seiner Werbung. Ganz abgesehen davon, dass mit einer überfrachteten Werbegestaltung auch der Straßenraum überfordert wird.“

Man solle, so Tabery, einige wenige Punkte beachten, wenn man mit Werbung im Straßenraum oder Stadtraum umgehe. „Der wichtigste ist: Less is more! Und noch eines: Die Werbeanlagen sollten Rücksicht auf die Fassadenelemente nehmen.“ Vorteilhaft könnten etwa Schriftzüge aus

Einzelbuchstaben sein, „relativ einfache, simple Werbung, mit einfachen Schriftzügen, die farblich auf die Fassadengestaltung abgestimmt sind“.

Die Schnittstelle „Ladennutzung und Straßenraumwirkung“ sei ähnlich bedeutsam. „Es gibt Gewerbetreibende, die haben bestimmte Sortimente, bei denen man bewusst auf Schaufensterfläche verzichtet.“ Dann würden Fenster zugeklebt, zugehängt oder gar zugemauert. In solchen Fällen griffe das private Interesse stark in das öffentliche Interesse ein, „denn es muss doch ein öffentliches Interesse sein, dass man entweder in einen Laden hineinschauen kann oder dass man zumindest ein freundliches oder ein vernünftiges Ambiente von außen wahrnehmen kann“.

Ein Aspekt, der nicht allein auf gewerbliche Immobilien zuträfe – und im Übrigen auch das Sicherheitsbedürfnis der Passanten tangiere. „Durch die direkte Zuordnung der Hauseingänge zum öffentlichen Raum kann das individuelle Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheitslage erhöht werden. Häuser und Gebäude sollen sich mit ihren Fenstern und Türen den öffentlichen Räumen zu- und nicht abwenden.“

Als weitere Schnittstelle nannte Tabery den Bereich „Gebäude und Freiraumnutzung“. Beispielhaft stellte er die „Dublin Temple Bar“ vor: „Ich finde, das ist eine ganz wunderbare Sanierung, die man da schon vor fast zehn Jahren durchgeführt hat.“ In einem innerstädtischen Blockbereich, der völlig heruntergekommen war, habe man Randbebauung mit privaten Nutzungen, z. B. Gaststätten und Restaurants etabliert – „sie aber arrondiert mit öffentlichen Nutzungen, wie einem Theater, einem kleinen Filmmuseum, einem Fotografiemuseum, sinnigerweise mit einem großen Schaufenster, das abends als Projektionsleinwand dient.“ Folglich werde der gesamte Platz als Freiraumkino genutzt. Mit Erfolg: „Die Leute nehmen das



Schnittstelle Fassadenwerbung + Stadtbild

„Werbung“ durch besondere Gestaltung einzelner Gebäudeteile oder mit dem Gebäude, aber mit Zurückhaltung bei Schildern und Schrift

(Gebäude = corporate identity)

Man solle einige wenige Punkte beachten, wenn man mit Werbung im Straßenraum oder Stadtraum umgehe, so Lothar Tabery. „Der wichtigste ist: Less is more! Und noch eines: Die Werbeanlagen sollten Rücksicht auf die Fassadenelemente nehmen.“ Vorteilhaft könnten etwa Schriftzüge aus Einzelbuchstaben sein, „relativ einfache, simple Werbung, mit einfachen Schriftzügen, die farblich auf die Fassadengestaltung abgestimmt sind“.



Im zweiten Interview „QiN in der Praxis“ berichteten Ellen Brinkhege und Cornelia Hembrock aus Bad Iburg sowie Fabian Neubert aus Braunschweig (v. l. n. r.) über ihre QiN-Erfahrungen. Cornelia Hembrock erläuterte dabei, dass Bad Iburg einen hohen Anspruch an die Innenstadtgestaltung habe – „allein schon durch unsere Kurgäste, durch unsere vielen Tagesbesucher“.

an und das gesamte Viertel hat dadurch einen enormen Auftrieb bekommen.“

Eine Schnittstelle, die aus der bisherigen Thematik etwas herausfalle, sei diejenige von „Gebäude und Stadtbildprägung“. Man werde sich sicherlich schnell einig sein, dass es vielerorts wertvolle Gebäude gebe, die man unter dem Begriff der stadtbildprägenden Gebäude fassen könne, „also Gebäude mit historischer oder besonderer Fassadengestaltung, Gebäude mit raumprägenden Sichtachsen und Gebäude, die positiv zu einer Ensemblewirkung beitragen“.

Allerdings sollte man dem Begriff der Stadtbildprägung einen noch höheren Stellenwert einräumen, „nämlich den, dass es auch negative Prägungen gibt – weil das auch zu einer anderen Bewertung bei Förderungen oder bei der Verbesserung von Stadtbildern führen kann“. Die Frage sei, wie man das messen könne: „Wie wirkt so ein Gebäude in der Stadt, im Stadtbild, im Ensemble?“ Insofern gehe es nicht darum, einzelne Fassaden „besonders aufzuhübschen“, sondern „um den Beitrag, den das Gebäude im Stadtbild als einer von vielen liefern kann“. Da könne man schnell Anhaltspunkte zur Beurteilung finden: „Gravierende Abweichungen von Baufluchten, unangemessene Baumassenverteilung, unangemessene Fassadengliederung etc. etc.“ Maßstab müsse stets die Ensemblewirkung sein.

„Wenn man sich zum Beispiel Siena anschaut“, unterstrich Lothar Tabery, „können wir feststellen, dass viele Fassaden für sich genommen eigentlich nichts hergeben. Aber das Ensemble, die Gesamtwirkung, ist so phänomenal, dass dadurch die Qualität dieses Raumes entsteht.“ Das sei auch der eigentliche Zweck seines Vortrages: „Den Fokus wieder in diese Denkrichtung zu schieben, dass wir übergreifend, fassadenübergreifend denken

sollten, kurz: den städtischen Raum sehen müssen.“

Er sei der Meinung, betonte Lothar Tabery abschließend, es gebe kaum Menschen, „die irgendetwas schlecht gestaltet haben wollen“. Viele wüssten nur nicht, wie mit Gestaltung umzugehen sei. „Das heißt, es gibt ein Informationsdefizit.“ Wenn man etwas griffiger oder verbindlicher machen wolle, könne eine Satzung hilfreich sein – „aber die kommt nicht ohne einen Leitfaden aus, der erläutert, warum man so was vor hat“. Kombinieren könne man das z. B. mit einem Gestaltungsbeirat, der als Fachgremium zusätzlich moderierend eingriffe.

QiN in der Praxis II

Zum zweiten Interview „QiN in der Praxis“ gesellten sich anschließend Cornelia Hembrock vom Fachdienst Planen und Bauen der Stadt Bad Iburg, Ellen Brinkhege vom Verein „Historisches Iburg“ und Fabian Neubert, Bereichsleiter der Braunschweig Stadtmarketing GmbH zu Moderator Prof. Dr.-Ing. Beckmann.

QiN-Projekt Bad Iburg 2008

Cornelia Hembrock erläuterte eingangs, dass Bad Iburg einen hohen Anspruch an die Innenstadtgestaltung habe – „allein schon durch unsere Kurgäste, durch unsere vielen Tagesbesucher“: „Das Schloss Iburg und ganz Bad Iburg werden jährlich von 850.000 Tagesgästen besucht, und somit haben wir eine hohe Frequenz.“ Deshalb habe man 2008 gemeinsam mit dem Verein „Historisches Iburg“ den QiN-Antrag „Königliche Gestaltung“ gestellt.

Die Gesamtkosten seien letztlich – und das freue sie – um einiges höher ausgefallen als der zunächst avisierte Kostenrahmen von 122.400 Euro, „weil die privaten

Eigentümer dann doch deutlich mehr Geld in die Hand genommen haben als zunächst vorgesehen war, um Gebäude neu zu gestalten oder Fassadenerneuerungen vorzunehmen“.

Die Schlosstraße im Herzen Bad Iburgs sei nicht nur eine historische Verbindungsstraße zum Schloss Iburg. „Sie ist heute auch eine wichtige Einkaufsstraße, die durch ihre vielen inhabergeführten Geschäfte, Restaurants und Dienstleister besticht. Da sind kleine, feine Restaurants, Schmuckdesigner, es gibt selbst hergestellte Kleidung und kleine Kostbarkeiten, die man sonst nirgendwo findet.“ Die Schlosstraße besteche auch durch ihre vielfältige Gebäudestruktur. Man verfüge über denkmalgeschützte Objekte, die zum Teil auch sehr schön saniert seien, es gebe aber auch Neubauten aus den 70er Jahren, „die sich nicht immer so ganz einfügen, aber die wir natürlich bei der Gestaltung berücksichtigen müssen“.

Man habe sich aber nicht allein auf Gebäudesanierung und Fassadengestaltung beschränkt, sondern z. B. auch den Vorplatz der Sparkasse per Neugestaltung aufgewertet. „Man muss sich vorstellen, dass hier früher die Parkplätze bis an die Bischof Benno-Statue heranreichten, und diese folglich gar nicht richtig zur Geltung kam.“

Man habe das Umfeld in kleinen Schritten neu gestaltet. „Wir haben ein neues Beet mit Buchsbäumen angelegt, Rosen gepflanzt und neue Bänke aufgestellt. „Auf diesem Platz vor der Sparkasse war schon immer einfach viel los. Jetzt können die Leute auch mal Platz nehmen, sich ausruhen, insbesondere die älteren Menschen.“

Ein weiteres wichtiges Projekt sei die Erneuerung der Beleuchtung gewesen. „Wir hatten zuvor im Stadtbild Y-Leuchten aus den 90er Jahren, die waren schon sehr stark in Anspruch genommen.“ Man habe sich entschieden, etwas Historisches wieder zu beleben, und habe damit die



Ellen Brinkhege betonte die Bedeutsamkeit des privaten Engagements: „Durch QiN ergab sich zum ersten Mal die Möglichkeit, dass sich gewerbetreibende Mieter und Hauseigentümer an einen Tisch gesetzt haben und darüber gesprochen haben, was sie verändern und verbessern wollen – vor allem hinsichtlich der Aufenthaltsqualität.“



Braunschweig

Die Löwenstadt

Quartiersmanagement in Braunschweig Friedrich-Wilhelm-Viertel



**FRIEDRICH
WILHELM
VIERTEL**

Stadt Braunschweig

**Braunschweig
Stadtmarketing**

In Braunschweig wolle man den Besatz anpassen und vor allem Kulturkreativwirtschaft groß schreiben, sagte Fabian Neubert. „Dann hat das Quartier großes Potenzial.“

Schlossstraße stark aufgewertet. Vor allem mit privaten Mitteln sei der Bäckerteichplatz umgestaltet worden. „Der Platz liegt direkt vor einer Apotheke. Deswegen bot es sich an, dort einen Apothekergarten anzulegen, in dem das Kraut wächst, das zur Heilung führen soll.“ Ebenfalls neu gestaltet wurde der Brunnen des Platzes. „Jetzt kann man sich da auch einmal hinsetzen und die Kinder spielen lassen.“

Ellen Brinkhege betonte die Bedeutsamkeit des privaten Engagements ausdrücklich: „Durch QiN und die Vereinsgründung ergab sich zum ersten Mal die Möglichkeit, dass sich gewerbetreibende Mieter und Hauseigentümer an einen Tisch gesetzt haben und darüber gesprochen haben, was sie verändern und verbessern wollen – vor allem hinsichtlich der Aufenthaltsqualität. „Wir haben darüber nachgedacht, was wir tun können, um dieser Straße ein königliches Gepräge zu geben.“

Erster Ansatzpunkt sei dabei eine einheitliche Farbgestaltung gewesen. Das Farbspektrum sollte sich im Bereich zwischen Sonnengelb und Maria-Theresien-Gelb, „unseres sogenannten Schlossgelb“ bewegen. „Und prompt haben Sie dann ein Problem: Sie kommen mit mehreren Menschen im Verein an einen Tisch und haben jetzt so eine gewünschte Direktive.“ Da gebe es dann Hauseigentümer, die sagten: „Nee, ich möchte aber gerne bei meinem Altrosa bleiben.“ Der Verein habe aufgrund dessen von dieser Idee abgesehen.

Nichtsdestotrotz arbeite der Verein erfolgreich weiter – auch über das QiN-Projekt hinaus. „Wir haben im vergangenen Jahr erstmals unseren kleinen historischen Weihnachtsmarkt veranstaltet, mit nostalgischem Kinderkarussell und diversen Schnitzereien und Leckereien, die zur königlichen Schlossstraße, zum Schlossgepräge passen. Das wurde sehr gut angenommen.“

QiN-Projekt Braunschweig 2009

Fabian Neubert stellte danach das aktuelle Braunschweiger QiN-Projekt „Das Friedrich-Wilhelm-Viertel – ein Quartier auf dem Weg zum Kultimage“ vor. Dazu gab er zunächst einen Rückblick auf das erste Braunschweiger QiN-Projekt aus dem Jahr 2007. „Damals haben wir im Quartier bei Händlerschaft und Immobilieneigentümern einen Organisationsgrad nahe null vorgefunden.“ Ziel sei daher zunächst gewesen, erst einmal ein Netzwerk zu spinnen und erste Maßnahmen umzusetzen. „Und das ist uns ganz gut gelungen.“ Man habe ein Entwicklungskonzept geschrieben, ein Logo entwickelt und eine Marke definiert. „Das Konzept hat neue Impulse gegeben und Perspektiven hinsichtlich Branchenmix, Vermietungsperspektiven und Finanzierungsmodellen aufgezeigt.“

In diesem Jahr gehe es nun darum, das in Randlage zur KernInnenstadt befindliche Quartier besser zu positionieren. „Wir haben hier eine teilweise schwierige wirtschaftliche Situation; nicht nur grundsätzlich aufgrund der Randlage, sondern auch deswegen, weil diese spezielle Randlage zurzeit etwas den Anschluss an die Innenstadt zu verlieren droht aufgrund der Ansiedlung der Schlosarkaden, eines mit 30.000 Quadratmetern Verkaufsfläche ausgestatteten ECE-Centers.“ Erschwerend käme die im Quartier befindliche Bruchstraße hinzu. „Wenn Sie sich fragen, was da los ist: Die Straße ist etwas rötlich beleuchtet und in die Parzellen passt gerade ein Bett hinein.“

Man habe sich daraufhin gesagt: „Wir leugnen dieses Kiezimage nicht länger, sondern setzen bewusst darauf – in Hamburg funktioniert das auch ganz gut“. Die generelle Marschrichtung laute: „Kultviertel – es darf ruhig etwas schräg sein.“ Man wolle den Besatz noch anpassen und vor allem Kultur kreativwirtschaft groß schreiben, „dann hat

das Quartier großes Potenzial, auch in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig“.

„Natürlich“ habe man anfänglich „gewisse Berührungsängste“ gehabt, räumte Neubert ein. Mittlerweile habe es aber Gespräche mit den dortigen Betreibern gegeben. Da stellten sich Fragen wie: „Hier ist ja alles so schön blickdicht gemacht. Wie sieht es denn aus, so was zu öffnen, einfach dazu zu stehen?“ Schwierig sei das schon, „aber in die Richtung geht die Diskussion – also wirklich zu diesem Kiezcharme zu stehen“.

Ganzheitliche Gestaltplanungen der Freiflächen im Quartier

Nach der Mittagspause und dem anschließenden Rundgang durch das Lingener QiN-Quartier (siehe Anlage zu dieser Dokumentation) referierte Prof. Dr. Stefan Bochnig über „Ganzheitliche Gestaltplanungen der Freiflächen im Quartier“. Bochnig betonte darin seine Überzeugung, dieses Thema sei ein „spannendes Arbeitsfeld für heute und morgen“: „Zur Schaffung hoher Qualitäten halte ich eine intensive Kooperation der beteiligten Akteure aus der Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, Architektur und Landschaftsarchitektur für unabdingbar.“ (Prof. Dr. Bochnigs Vortrag ist in voller Länge in der Anlage zu dieser Dokumentation abgedruckt.).

QiN in der Praxis III

Danach bat Moderator Prof. Dr.-Ing. Beckmann Jens-Martin Wolff, den Stadtbaurat der Stadt Holzminden und Norbert Lopitzsch, den Denkmalpfleger der Stadt Neustadt am Rübenberge, zur dritten Gesprächsrunde „QiN in der Praxis“ auf die Bühne.



Der Landschaftsarchitekt Prof. Dr.-Ing. Stefan Bochnig referierte über „Ganzheitliche Gestaltplanungen der Freiflächen im Quartier“. Bochnig unterstrich dabei, dass „Freiräume im Quartier einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Innenstädte leisten“ könnten. Daher sei dieses Thema ein „spannendes Arbeitsfeld für heute und morgen“.



Norbert Lopitzsch und Jens-Martin Wolff (v. l. n. r.) berichteten aus Neustadt am Rübenberge und Holzminden.

Wolff sagte, dass er „aus dem reichen Schatz von mittlerweile drei QiN-Projekten in Holzminden schöpfen“ könne. In Anbetracht des Themas habe er sich für das zweite Projekt aus dem Jahr 2008 entschieden, das den Titel „Stadt im Fluss“ trug. „Der Fluss ist die Weser – aber natürlich ist der Titel dahingehend zweideutig gemeint, dass sich die Stadt fortentwickeln soll.“

Fokus des Projektes sei der Weserkai gewesen. „Das ist eine alte Industriehafenanlage, als solche allerdings zurzeit nicht mehr genutzt, obwohl durchaus in Aussicht steht, dass dort die Binnenschifffahrt eine Renaissance erfährt.“ Man habe sich daran gemacht, den Platz komplett neu zu gestalten und eine Hafenbar etabliert. „Die bespielt jetzt den hier entlang führenden Weserradweg, der jährlich von etwa 150.000 Fahrradfahrern genutzt wird.“ Ziel sei, Touristen für Holzminden zu interessieren und dort zum Verweilen einzuladen. Und nicht zuletzt: „Kaufkraft in die City und auf den Marktplatz zu ziehen.“

Daher habe man auch die nahe liegende Weserbrücke umgestaltet. „Diese Verbindung vom Weser-Radweg in die Stadt rückt den Marktplatz, das gastronomische Zentrum Holzmindens, näher heran.“ Die optische Gestaltung übernahmen junge Graffiti-Sprayer, die die Wände des Tunnels besprühen durften – „seitdem findet dort auch keine andere Sprühkunst mehr statt. Das ist wirklich respektiert.“ Neben der Angleichung des Pflasters, „sodass die Fahrradfahrer hier auch unfallfrei passieren können“, entstand zudem eine neue Freitreppe. „Stadt und Weser treten jetzt wie am Meer zusammen, treten miteinander in Kontakt.“

QiN-Projekt Neustadt am Rübenberge 2008

Norbert Lopitzsch stellte das QiN-Projekt aus dem Jahr 2008 „Neustädter an die Leine – Platzerlebnis zwischen

den Brücken“ vor. Besondere Problemstellung in Neustadt sei, dass neben der Kernstadt 33 weitere, dörflich strukturierte Stadtteile existierten. „Leute, die in der Innenstadt etwas bewegen wollen, haben häufig erst einmal die ländliche Bevölkerung und auch die Politiker, die aus den ländlichen Stadtteilen kommen, gegen sich.“ Dennoch sei Neustadts Kernstadt bis Ende der 90er Jahre eine Einkaufsstadt gewesen, „wo richtig etwas los war“: „Auch die Leute aus den Dörfern kamen nach Neustadt zum Einkaufen.“

Dann habe ein Einkaufszentrum östlich der Leine eröffnet und in der Folge viel Kaufkraft aus der Innenstadt abgezogen. „Damals gab es eine Handvoll Menschen – Architekten, Garten- und Landschaftsarchitekten, aber auch andere – die sagten, wir müssen etwas tun für die Innenstadt.“ Aus der Kaufmannschaft habe sich ein Stadtmarketingverein gegründet – und der städtische Wirtschaftsförderer sei auf QiN aufmerksam geworden. „Und wir haben dann versucht Sachen zu entwickeln, um die Situation in und für die Innenstadt zu verbessern.“

Neben der Betonung der Lage an der Leine sei es vor allem darum gegangen, die Plätze im öffentlichen Raum aufzuwerten, „die sich an der Marktstraße, unserer Hauptverkehrsstraße, wie auf einer Perlenschnur aneinander aufreihen“. Im Fokus des QiN-Projektes habe der Platz „Zwischen den Brücken“ gestanden. „Dabei ging es darum, den Platz generell neu zu gestalten, einen Abgang zur Leine zu schaffen, ein Informationssystem einzurichten und Spielgeräte aufzustellen.“

Seitdem führe ein Steg herunter zur Leine, „jedem ist jetzt der Zugang zum Fluss möglich, die Leine gehört viel bewusster zur Stadt und betont auch den historischen Kontext“. Obendrein sei der Platz – auch dank des neuen Informationssystems – jetzt kein expliziter Parkplatz mehr,

sondern „ein Ort an dem man sich gern aufhält“: „Das Informationssystem besteht aus drei Säulen, die man drehen kann, die also auch für Kinder interessant sind, jeweils einmal mit einem Stadtplan der Gesamtstadt, mit einem Stadtplan der Innenstadt und mit einem Plan mit einer Trommel für Kinder, auf dem die Sehenswürdigkeiten und Erlebnispunkte für Kinder angeordnet sind.“

Resumee

Nachdem Moderator Prof Dr.-Ing. Beckmann den Tag aus seiner Sicht noch einmal zusammengefasst hatte, oblag es Christian Kuthe, die Versammlung zu beschließen.

Er fände, „mit den Vorträgen von Dr. Kaltenbrunner, von Herrn Tabery und Professor Bochnig haben wir heute drei wunderbare Vorträge gehört, die tatsächlich Horizonte erweitert haben, einmal vielleicht mehr im theoretischen Städtebau, aber auch auf einer architektonischen und durchaus praktisch gestalterischen Ebene sowie eben auch im freiraumplanerisch-gestalterischen Aspekt“. Das sei eine Fülle von Anregungen gewesen, die man gar nicht unmittelbar verarbeiten kann. „Aber ich denke, dass wir im Rucksack eine Menge mit nach Hause nehmen und in die Praxis umsetzen können.“

Von großer Aussagekraft seien seines Erachtens auch die sechs QiN-Praxisbeispiele gewesen. „Bei all diesen Projekten hat man versucht, stadtgestalterische und stadträumliche Potenziale, die im Graubereich versunken waren, zu gewinnen und durch eine angemessene und gute Gestaltung nachhaltig umzusetzen.“ Von allen Anregungen des Tages wünsche er sich, „dass das als Handwerkszeug mitgenommen wird in alle QiN-Projekte, die in Arbeit sind – oder auch in zukünftige, die sich in Vorbereitung befinden.“



ANLAGE

**ZUR DOKUMENTATION „GESTALTQUALITÄT IM QUARTIER“,
IT-ZENTRUM KAISERSTRASSE, LINGEN, 4. MAI 2010**

Das Zusammenspiel von Aneignung, Wahrnehmung und Gestaltung öffentlicher Räume

Dr. Robert Kaltenbrunner, Architekt, Stadtplaner, Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn / Berlin

Ich hoffe, Sie erwarten von mir keinen Leitfaden für die Praxis, denn serviert bekommen Sie eher grundsätzliche Überlegungen. Das bedeutet für Sie eine doppelte Zumutung. Erstens erlaube ich mir die Freiheit, aus meinem öffentlich-rechtlichen Arbeitskontext auszubrechen und freigeistig zusammenzutragen, was mir zu dem Thema einfällt – und dabei ist relativ viel Gesellschaftskritisches. Die zweite Zumutung ist die einer bildlosen Abstraktion. Es gibt keine Diashow, es gibt keine PowerPoint-Präsentation. Was ich Ihnen zu sagen habe, müssen Sie sich also bitte selbst vorstellen.

Einstimmen möchte ich mit dem Hinweis auf den Verleger und Publizisten Wolf Jobst Siedler. Denn der hat in seinen Veröffentlichungen – und ich will da nur zwei erwähnen, nämlich aus dem Jahr 1978 „Die gemordete Stadt: Abgesang auf Putte und Straße, auf Platz und Baum“ und aus dem Jahr 1985 „Die verordnete Gemütlichkeit: Abgesang auf Spielstraße, Verkehrsberuhigung und Stadtbildpflege“ – mehrfach kritisch mit dem öffentlichen Raum auseinandergesetzt; übrigens auch mit seinen oft divergierenden Nutzungsansprüchen. Bemerkenswert ist das deswegen, weil etwa in der Charta von Athen der öffentliche Raum begrifflich nicht vorkommt. Er wird vielmehr den Funktionen Wohnen, Freizeit, Arbeit und Verkehr als ein Ausstattungs- oder Wegemerkmale subsumiert. Siedler war also einer derjenigen, die den öffentlichen Raum als



ein zentrales Element der über Jahrhunderte gewachsenen europäischen Idee eines identitätstiftenden Gemeinwesens wieder entdeckt haben.

Freilich zeigt sich an dem Begriff ein gewisses Dilemma, denn einerseits wird der öffentliche Raum, wie auch seine konstituierenden Elemente, als ein zentrales Steuerungselement in der Stadtentwicklung genutzt. Beispiels-

weise sollen Stadtviertel durch nutzungsgerechte Aufteilung, Gestaltung öffentlicher Räume in ihrer Lebens- und Aufenthaltsqualität aufgewertet, sollen Brach- und Bauflächen für private Investoren attraktiv gemacht werden.

Andererseits ist es in kritischen Kreisen zumindest heute opportun, bei jeder Gelegenheit den Verlust an öffentlichem Raum zu beklagen. Ich bin mir nicht sicher, ob man bei einer solchen Kritik nicht stillschweigend einige zentrale Aspekte beiseite lässt, beispielsweise unsere eigene Anspruchshaltung betreffend. Welchen öffentlichen Raum nutzen wir selbst? Wie nutzen wir ihn? Oder im Konjunktiv: Wie hätten wir ihn gerne, und wo? Ein einhelliges Meinungsbild wird man dazu kaum erreichen können. Von Hans Adrian, dem ehemaligen Stadtbaurat von Hannover, habe ich einmal den schönen Satz gehört: „Öffentliche Plätze sehen oft so aus wie Heino singt.“ Da ich mich mit Heino aus nahe liegenden Gründen nie weiter beschäftigt habe, muss ich mir einen eigenen Zugang zu der aktuellen Renaissance des öffentlichen Raumes bahnen. Ich will dies tun in Form von zunächst fünf Thesen oder Merksätzen.

Die erste These lautet: „Unsere Vorstellung von öffentlichem Raum ist in der Regel zu einseitig.“ Zu Recht hat der Kulturosoziologe Lucius Burckhardt einmal behauptet, dass das Stadtbild eines Bewohners eine Vorstellung sei, ein durch Lernprozess in einer gesellschaftlichen Umwelt erzeugtes Wahrnehmungsbild. Das gilt gerade für den öffentlichen Raum. Das diesbezügliche Bild in unseren Köpfen wird beherrscht von jenen Piazzas oder Plätzen, die wir vornehmlich aus Italien oder Spanien kennen. Klare räumliche Fassung, erkennbar historisch und gewachsen, das Wetter meist schön und immer etwas los. Die Wirklichkeit allerdings sieht anders aus. Müssen wir, wenn wir vom

öffentlichen Raum reden, doch zumindest unterscheiden zwischen Grünen und Grauen, also Parks und Grünanlagen auf der einen Seite, Straßen und Plätzen auf der anderen Seite. Allgemein gesagt, ist all das öffentlicher Raum, über den kein Privater entscheidet, ob wir anwesend sein dürfen. Das allerdings ist fast alles, was wir auf unseren Wegen durch die Stadt wahrnehmen.

Doch augenscheinlich hat sich unsere Aufmerksamkeit schon unnötig beschränkt: Zum einen bleiben die diffusen Stadträume außer Betracht, das heißt der öffentliche Raum, beispielsweise in Gewerbegebieten oder in Einfamilienhaussiedlungen, der wohl eher eine Art Restraum ist. Zum anderen blenden wir den Verkehr aus, der die meisten Räume dominiert. Womit wir wiederum zu akzeptieren scheinen, dass der öffentliche Raum – Beispiel Ausfallstraßen – in weiten Teilen bloß eine Art Transitzone ist.

Die zweite These lautet: „Der öffentliche Raum wird zunehmend uneinheitlich und hybrid.“ Man sieht dem Raum heute oftmals nicht mehr an, ob er öffentlich ist oder nicht. Da haben, wenn man so will, die baulich-räumliche Innovation, die beispielsweise Shoppingcenter oder Malls oder Erlebnisparcs in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht haben, ganze Arbeit geleistet. Damit allerdings werden für die Stadtgesellschaft implizit eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen: Wer darf die öffentlichen Flächen wie nutzen? Wie wollen wir diese Flächen gestaltet haben? Wie viel dieses Raumes wird wem vorbehalten? Wie können wir uns auf diesen Flächen bewegen? Wie nehmen wir sie wahr? Welche Ansprüche haben wir an diesen Raum? Wie gehen wir mit den entstehenden Konflikten um?

Weil der öffentliche Raum auch ein Spiegel der Gesellschaft ist, sagt er etwas über unseren gegenseitigen Umgang. Hier sind wir nicht allein, können nicht selbst ent-

scheiden, was wir sehen wollen, tun dürfen, was passieren kann, sondern wir teilen uns diesen Raum und diese Entscheidung mit den anderen – und dürfen oder müssen auch aushalten, dass wir an diesen Orten auch selber öffentlich sind. Insofern ist der öffentliche Raum auch ein Ort des Widerspruchs zwischen verschiedenen Ansprüchen. Er liegt inmitten eines Spannungsfeldes zwischen Liberalität und Toleranz auf der einen Seite und gesellschaftliche Konventionen und öffentlicher Ordnung auf der anderen Seite, wobei die Grenzen fließende sind und eben das macht es so schwierig, damit umzugehen.

Meine dritte These: „Ein öffentlicher Raum bestimmt sich weniger durch seine Zugänglichkeit als durch das Selbstverständnis, dass er einer ist.“ Der innerstädtische Einzelhandel verlagert sich zunehmend in Passagen. Erlebnisräume werden künstlich geschaffen, Freizeitgestaltungen in abgekapselte Binnenwelten transportiert, Bahnhöfe mutieren zu Shoppingcentern. Privatgebäude verleihen sich öffentlichen Raum ein und werden zu Miniaturstädten eigenen Rechts. Der Charakter öffentlicher Räume und die urbane Vielfalt werden – so hat man es häufig postuliert – durch die Wahrnehmung privaten Hausrechts letztlich infrage gestellt. Aber: Ist das wirklich ausschlaggebend?

Andersherum formuliert: Öffentliche Räume entstehen durch Nutzungen. Deshalb stellt sich die Frage: Welche Nutzungen werden durch bestimmte Planung, durch bestimmte Infrastrukturen und bestimmte Bauten erzeugt? Und welche Nutzung lassen andere und anders geartete Räume zu? Es muss darum gehen, vielerlei Räume der Stadt gleichsam zur Verfügung zu stellen. Denn entscheidend ist, wie ein Raum genutzt und empfunden wird. Es braucht also planerisch entschiedene Anstrengung, an

bestimmten Orten gewissermaßen eine gefühlte Öffentlichkeit zu entwickeln – und das ist etwas anderes als das, was sich auf zugigen Parkplätzen oder auf großem Abstandsgrün einstellt. Eine Öffentlichkeit wird sich dort garantiert nicht einstellen. Auch ein de jure privater Raum kann höchst urbane Gefühle erzeugen, aber er müsste der Öffentlichkeit auch entsprechend angeboten werden.

Allerdings, ein großes Problem darf ich in dem Kontext nicht unterschlagen: Der Aspekt Sicherheit spielt im Kontext des öffentlichen Raumes heute eine ganz zentrale Rolle. Abgesehen davon, dass Unsicherheit meist eine subjektiv empfundene, nicht eine objektiv vorhandene ist: Es gibt auch eine gewisse Entpersonalisierung des öffentlichen Raumes im Sinne einer Technisierung. Dass in der U-Bahn heute oft keine öffentliche Person mehr anwesend ist, die man auch nur nach einer Auskunft fragen könnte, halte ich für ein Problem. Dem (Un-)Sicherheitsempfinden in öffentlichen Räumen, das unter anderem bedingt ist durch den Aufenthalt von Randgruppen, muss konzeptionell begegnet werden, wenngleich vielleicht mit anderen Mitteln als der starken Präsenz von privaten Ordnungsdiensten, Videoüberwachung und so weiter.

Ich robbe mich mit der vierten These mehr an das Veranstaltungsthema heran. Meine vierte These lautet: „Den kausalen Konnex zwischen Öffentlichkeit und Gestaltung – es gibt ihn nicht.“ Im Begriff der Offenheit und Transparenz, wie ihn moderne Architekten verstanden, steckt ein Widerstreit zwischen Architektur als Realität und Architektur als Symbol. Offene Grundrisse und Raumgrenzen sind eine Sache – doch die Offenheit sozialer Strukturen ist etwas völlig anderes. Die aktuellen Beschwörungen des öffentlichen Raums sind zunächst einmal idealistisch-normative Setzung, die in der Regel aus theoretischen

Überlegungen der Profession resultieren und nicht unbedingt mit dem praktischen Alltagsverhalten der Menschen übereinstimmen. Gleichwohl ist Gestaltung von zentraler Bedeutung. Auch wenn sie mitunter mit dem Vorwurf belegt wird, man rede damit nur der Ästhetisierung der Alltagswelt das Wort. Sie lenke ab von sozialen, von ökonomischen, politischen oder ökologischen Problemen und verschleierte oder verstärkte kritikwürdige Strukturen.

Ein solcher Vorwurf istbarer Unsinn, denn man kann nicht nicht gestalten. Wohl aber kann man ignorieren, welche Auswirkung Gestaltung auf die Lebensweisen von Menschen haben kann. Stadtgestaltung ist mehr und grundsätzlich etwas anderes als das Spiel mit Räumen, mit Licht und Farbe. Sie ist immer auch ein konkreter Eingriff in die Alltagswelt. Wenn Architektur aber mehr und mehr Sache von Investoren, von ihren Spekulationen und Gewinnabsichten ist, stellt sich die Frage, wie sie die Lebensbedingungen derer prägt, die nicht unmittelbar von ihr profitieren. Und man muss heute sicherlich sehen: Indem die öffentliche Hand immer stärker in die Rolle gleitet, die sie einem privaten Investor oder Developer ähneln lässt, verschieben sich die Gewichte.

Und es ergibt sich ein neues Problem. Wenn der öffentliche Raum, wenn insbesondere Plätze in der Innenstadt nur noch als gute Stube der Stadt betrachtet und entsprechend möbliert und herausgeputzt werden, dann läuft das den eigentlichen Zwecken zuwider. Und wenn postuliert wird, Öffentlichkeit baulich-räumlich zu gestalten, ist Vorsicht geboten: Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass plakative Versprechen von Öffentlichkeit einen Ort zur touristischen Sonntagsöffentlichkeit verurteilen.

Mit der fünften These will ich gestaltungskritisch fortfahren. Sie lautet: „Wenn der öffentliche Raum bedroht

ist, dann liegt diese Bedrohung nicht allein in der Privatisierung und/oder in der Vandalisierung, sondern auch in seiner ästhetischen Funktionalisierung und Überinstrumentierung.“ Rufen wir uns einmal das Sony-Center in Berlin am Potsdamer Platz ins Gedächtnis. Malls und Einkaufsgalerien in privater Hand geben hinsichtlich Ausstattung, Materialien und Pflege einen Standard vor, den man für den öffentlichen Raum zu folgen sucht. Was zunächst positiv klingt, birgt jedoch die Gefahr, dass indirekt der Funktionsverlust des verbleibenden öffentlichen Raums verstärkt wird. Denn dieser kann mit den privatisierten Bereichen – ob seiner schiereren Menge – nicht konkurrieren: Es sinkt das Interesse, sich in ihm aufzuhalten; er verliert als Kommunikationsraum an Bedeutung, wird schleichend hässlich und unattraktiv, verkommt zum Rückzugsort für ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen. Diese Entwicklungen schaukeln sich gegenseitig hoch. Je unattraktiver der klassische städtische Raum wird, desto eher wird er gemieden, desto größer wird die Nachfrage nach geschützten geschlossenen oder inszeniert öffentlichen Räumen, was manchmal fast das Gleiche ist.

Also noch mal: Die Anmutungsqualitäten kommerzieller Orte geben heute den Standard urbaner Raumbildung vor. Und dies führt teilweise zu einer Entwertung des klassischen, des tradierten Stadtraumes. Diesen Verlust scheint man nun mit einer obsessiven Gestaltung auffangen zu wollen. Um sich in der Konkurrenz mit den privatisierten Räumen zu behaupten, greift eine zunehmende Verknüpfung so manchen öffentlichen Raums Platz, und zwar fast ausschließlich in den Stadtzentren. All die modischen Aufkantungen und Reliefverschiebung, das Spiel mit Pflaster Texturen, auch die traditionellen Essentials wie Brunnen, Bänke und Blumenkübel können zwar nützlich und manchmal auch ein erfreulicher Anblick sein, aber nur

dann und dort, wo sie nicht in der Überzahl auftreten und die Möglichkeit, sich frei zu bewegen und zu verhalten, wieder zunichte machen. Indessen, kühl und gekonnt, bis ins Detail durchkomponiert, scheint das Konzept der Animateure aufzugehen. Die Besucher honorieren den Mix aus Unterhaltung, Shopping und Vergnügen – zumindest bis Ladenschluss.

Hier scheint mir der Blick auf einen größeren Kontext angebracht: Einer Stadt, die noch keine Marke ist, die noch kein Branding hat, fällt es schwer, ökonomische, gesellschaftliche und auch kulturelle Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Image und Ruf bekommen so einen bedeutenden Anteil an ihrer strategischen Konkurrenzfähigkeit. Immer häufiger geht das Stadtmarketing den Weg zur „Ereigniskultur“. In der breiten Palette dieser temporären Ereignisse hat die Inszenierung des öffentlichen Raums inzwischen einen festen Platz. Fatal allerdings ist eines: Im Bestreben, ihr Markenimage zu verbessern, konzentrieren sich viele Städte auf Werte und Emotionen, die die Kunden und Bürger mit dem „Produkt“ verbinden, als auf deren Qualität selbst. Da alle Orte mit ununterscheidbaren Massenprodukten überschwemmt werden, versuchen Städte und Gemeinden gleichsam sich selbst zu individualisieren – aber eben alle auf die (fast) gleiche Weise, in bewährten Schablonen. Hauptsache, damit wird ein bestimmter Lifestyle befördert oder ein – wahlweise cooles, vorzugsweise behagliches – Image propagiert. Wohlfeile Sitzgelegenheiten, stählerne Kioske, ausgreifende Wasserspiele oder opulente Plastiken reüssieren. Abgezielt wird auf ein Prestige, das durch Exklusivität entsteht.

Das war jetzt die erste Hälfte meiner Ausführung. Mit zwei Sätzen will ich ein Zwischenfazit einfügen. Erstens und ganz grundsätzlich: Es ist ein integrierter Raumbereich

griff erforderlich, der die relationale und auch die relative Ordnung zwischen physikalischen Bedingungen einerseits und sozialen Objekten andererseits anerkennt – und zwar als ein komplementäres Wesensmerkmal öffentlicher Räume überhaupt. Zweitens, und das sehr pragmatisch: Um den multifunktionalen und nutzungsoffenen Charakter öffentlicher Räume zu gewährleisten, ist ein verträgliches Nebeneinander verschiedener Nutzungsordnung ganz zentral. So prosaisch und bieder das klingen mag, so wenig hat dieser altehrwürdige Grundsatz an Gültigkeit verloren.

Ich will mich nun noch der Frage zuwenden, wie sich Stadt heute gestalten lässt. Das möchte ich in Form von fünf weiteren Thesen tun, die eher allgemeiner und appellativer Natur sind.

Meine sechste These lautet: „Stadtentwicklung braucht Leitbilder, aber keine Patentrezepte.“ Die Tradition der europäischen Stadt mag durchaus als Leitbild für die Weiterentwicklung dienen, doch muss sie stets standortspezifisch hinterfragt werden. Wir dürfen Stadt nicht nur als ein gewachsenes Kulturgebilde in historischer Bestimmtheit sehen – und alle Lösungen daraus ableiten –, sondern wir müssen auch das Neue oder genuin Andere darin (an) erkennen. Erforderlich ist ein neuer Pragmatismus, ein unverstellter Blick auf reale Gegebenheiten. Weiche Instrumente mögen dabei unter Umständen wichtiger sein als Bauleitplanung.

Zudem handelt es sich bei jeder Planung, bei jeder Bauentscheidung, stets um eine subjektive Wertung, die durch keine Kosten-Nutzen-Analyse ersetzt werden kann. In der öffentlichen Planung geht es also um kollektive Werturteile, die sich letzten Endes in politischen Entscheidungen niederschlagen. Hier ist Transparenz erforderlich,

die wiederum gewährleistet werden kann durch die Verfahren, durch Wettbewerbe oder auch öffentliche Diskussionen. Es ist alles andere als realistisch zu erwarten, dass Stadtentwicklung und Städtebau sich immer im Konsens zwischen allen Beteiligten vollziehen. Streit ist gleichsam vorprogrammiert; und das wäre dann nicht schlimm, wenn er öffentlich und mit fairen Mitteln ausgetragen wird.

Meine siebte These: „Bürgerbeteiligung muss neu buchstabiert – und gelebt werden.“ Der Begriff Beteiligung, Teilhabe, Partizipation sind seit jeher programmatische Schlagworte im Urbanitäts- und Planungsdiskurs. Und sie offenbaren jedoch ein Janusgesicht. Seit Ende der 70er Jahre ist das zweistufige Beteiligungsrecht, also die vorgezogene und die verbindliche Bürgerbeteiligung, fester Bestandteil unseres Planungsrechts. Das Modell zeigt allerdings Grenzen, weil es in der Regel fallbezogen und reaktiv ist und weil der Regelkreis für planerische Handlungsalternativen so definiert ist, dass übergeordnete Zusammenhänge vernachlässigt werden. Bürger unterstellen nicht selten eine fehlende Ernsthaftigkeit des Beteiligungsangebots. Investoren beklagen den zeitlichen – und damit auch den finanziellen – Aufwand der Verfahren und implizit die Unsicherheit von dessen Ausgang. Und von fachlicher Seite bestehen oft Vorbehalte wegen der Qualität der Ergebnisse – da gibt es das Stichwort „Konsens bis zum Nonsens“ – bzw. wegen der Selektivität des Beteiligungsverfahrens – da gilt das Stichwort: „Das sind doch ohnehin die üblichen Verdächtigen.“

Allerdings, auch die Bewohner und die Bürger selbst tragen zur unbefriedigenden Situation ihr Scherflein bei: Ein heute weit verbreitetes Verhaltensmuster ist das „Not in my back yard“-Syndrom, das sich auf die simple Abwehr eines als nachteilig erkannten Planungsvorhabens

beschränkt. Gerade sozial besser gestellte Schichten, die zur Verteidigung ihrer Besitzstände auch rhetorisch eher in der Lage sind, vertreten oft eine solche Haltung. Die Idee der Partizipation und der selbstbestimmten Vertretung von Interessen wird durch ein derartiges Verhalten diskreditiert, der Prozess der Entsolidarisierung städtischer Gesellschaften erhält weitere Nahrung. Es braucht also neue Antworten auf alte Fragen. Und dabei darf Partizipation nicht nur Befriedigung von Einzelinteressen bedeuten, sondern aktivierende Auseinandersetzung mit Vorstellungen und Wünschen möglichst vieler Bürger.

Die achte These lautet: „Baukultur wird zum Aushandlungsprozess.“ Folgt man diesem Gedanken, dann führt dies auch zu neuen Anforderungen an Planer und Verwaltung. Zwischen ihnen und den engagierten Bürgern muss eine neue Balance entwickelt werden. Alte Zuständigkeiten verlieren ihre tradierte Gültigkeit, wenn die Rollen neu verteilt werden. Wenn nicht nur der Architekt über Schönheit und Ästhetik, der Planer über das Verfahren oder die Verwaltung über rechtskonforme Satzungen reden – und die Bürger sich das aus der Ferne ansehen, sondern plötzlich alle miteinander verantwortlich sind für das Ergebnis.

Dann muss erst – und jeweils aufs Neue – ausgehandelt werden, wer die besseren Argumente auf seiner Seite hat. Und wer an welcher Stelle dann die letzte Entscheidung trifft. Da bedarf es neuer Offenheiten und dann auch neuer Abläufe und Schnittstellen, weil dann nichts mehr ganz sicher ist und vieles neu besprochen werden muss. Überhaupt bin ich der Auffassung, dass die zentralen Herausforderungen nicht nur in den Städten heute meist zwischen den angestammten Disziplinen, zwischen den tradierten Zuständigkeiten liegen, und dass wir uns darauf einstellen müssen – und zwar mehr als bisher.

Meine neunte und vorletzte These lautet: „Städtebau ist mehr als Embellishment.“ Mit dieser These will ich ein gewisses Dilemma ansprechen: Denn zum einen gibt es heute in manchen Städten fraglos die Tendenz, vorrangig jene Bereiche zu entwickeln, die sich imagekompatibel vermarkten lassen, während an Interventionen in Problemstadtteilen nur wenig Interesse besteht. Städtebau allerdings darf sich nicht in spektakulären Ausnahmeprojekten oder in bloßem Anhübschen der Innenstadt erschöpfen. Und ebenso problematisch ist es, auf ein bestimmtes Stadterlebnis abzustellen, wenn dessen Maßstab nur noch im Shopping oder im Hochglanzprojekt gesucht wird.

Zum anderen heißt das nun aber nicht, dass Städtebau keine Identifikation und keine Symbole braucht. Gerade weil Stadt immer davon lebt, Neues und Anderes aufzunehmen – und dafür auch Platz zur Entfaltung zu lassen – müssen die Räume des Alltags, müssen die normalen Stadtquartiere gestützt, entwickelt und befördert werden. Insofern ist man vermutlich gut beraten, auf Stadteilebene so etwas wie Symbolpolitik zu betreiben. Entsprechende Ansätze für die Stärkung von stadtteilbezogenen Initiativen gibt es konsequenterweise ja in vielen Modellvorhaben. Aus meinem beruflichen Kontext kommen mir da zwei sofort in den Sinn: Das wäre zum einen das Lesezeichen in Magdeburg-Salbke oder auch die Kumpelplätze in Sangerhausen, wo in sehr sorgfältigen Prozessen gemeinsam mit den Bürgern neue Symbole im öffentlichen Raum entstanden sind bzw. entstehen.

Der zehnte und letzte Merksatz lautet: „Experimente sind notwendig.“ Die Bauordnungen der Länder verfügen über sogenannte Ausnahmeparagrafen und Experimentierklauseln – sie werden aber nicht oder kaum in Anspruch genommen. Informelle Planungen existieren aller Orten

und nehmen stetig zu, z. B. in Form von Stadtteilentwicklungsplänen, von Szenarien, von Machbarkeitsstudien etc. Sie lassen sich, wenn man so will, auch als eine Art behördliche Gegenreaktion auf überformalisierte und langwierige Bauleitplanung lesen. Was allerdings meines Erachtens fraglos zu wenig da ist, und zwar nicht nur im staatlichen Planen und Genehmigen, ist der Mut zu unkonventionellen Lösungen. Hier brauchen wir eine andere Mentalität. Neue experimentelle Ansätze wären zu honorieren; nicht nur finanziell, sondern insbesondere in der Bereitschaft, das Eingehen von Risiken eher zu befördern als das sture „Weiter so wie gehabt“.

Es geht um eine grundsätzliche Gestimmtheit, in und mit der bürgerschaftlichen Initiative aufgenommen und qualifiziert werden. Schließlich geht es bei der Stadtentwicklung immer auch darum, Möglichkeitsräume zu öffnen. Und informelle Ansätze können durchaus probate Zukunftsperspektiven darstellen, sofern sie eben auch dazu dienen, die bestehenden Regelwerke zu hinterfragen und in geeigneter Weise fortzuschreiben.

Und an diese Thesen oder Merksätze will ich noch eine Warnung aus einer persönlichen Betroffenheit anschließen. Diese Tagung trägt den Titel: „Gestaltqualität als Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Räumen“. Nun wird der Qualitätsbegriff ja gerne für alles Mögliche in Anspruch genommen. Bei der Gestaltung wird es dann häufig problematisch. Denn das ästhetische Urteil scheint mir heute ein Tabu nicht zuletzt in der staatlich repräsentierten Stadtplanung zu sein, die durch objektivierbare „Erfordernisse“ bzw. wissenschaftliche Methoden und nicht durch subjektive Meinung hoheitliche Aufgaben wahrnehmen soll. In der Praxis hat das eine weit verbreitete Verweigerungshaltung bei jeder Art von gestalterischen

Problemen zur Folge, die ihrem Gegenstand als per se ästhetischen – nämlich dem wahrnehmbaren materiellen Objekt – nicht angemessen sein kann.

Ich will mit einem kleinen Fazit auf zwei verschiedenen Maßstabsebenen schließen: Zunächst bitte nicht nur an die zentralen Plätze in der Innenstadt denken! Allzu oft werden die wichtigen Stadträume in den Quartieren ausgeblendet, die kleinen Straßenecken, die kleinen Parks und Plätze, die die eigentlichen Aufenthaltsorte im Alltag der Stadtbewohner sind. Für sie ist oft kein Geld mehr da oder keine Kapazität, keine Pflegekapazität der Grünverwaltung.

Und zum Zweiten: Stadtentwicklung ist ein komplexer Gegenstand. Sich damit zu beschäftigen ist mühevoll. Detailarbeit, und die individuellen Einwirkungsmöglichkeiten in diesem Prozess sind oftmals sehr begrenzt. Zur Illustration möchte ich Martin Walser zitieren. Der hat in seinem Roman: „Ehen in Philippsburg“, der vor mehr als einem halben Jahrhundert erschienen ist, einen Protagonisten empfinden lassen, dass ihm „die ganze Stadt als eine riesige Schmiede erschienen (sei), in der alles der Bearbeitung unterlag, in der es keinen Unterschied mehr gab zwischen Werkstück und Schmied, alles war zugleich Werkstück und Schmied, jeder und jedes wurde bearbeitet und bearbeitete selbst, ein Ende dieses Prozesses war nicht vorgesehen“. Soweit das Zitat.

Ein Ende allerdings muss mein Beitrag haben. Bitte verstehen Sie ihn als einen Rundumschlag – als grundsätzliche Reflektion – und verzeihen Sie seine geringe Anschaulichkeit. Das wird nachfolgend gleich besser, weil es um die Konkretisierung an realen Orten geht. Hoffentlich werden Ihnen dann die Beispiele gezeigt, die ich Ihnen vorenthalten habe. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ganzheitliche Gestaltung der Freiräume im Quartier

Prof. Dr. Stefan Bochnig, Landschaftsarchitekt (bdla),
Gruppe Freiraumplanung - Landschaftsarchitekten, Hannover-Langenhagen

Die Freiräume im Quartier können einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Innenstädte leisten – wir haben heute Vormittag eindrucksvolle Beispiele aus den QIN-Städten gehört und hier in Lingen gesehen. Gegenüber baulichen Entwicklungen haben die Freiräume den wesentlichen Vorteil, dass Impulse zur Inwertsetzung wesentlich schneller sichtbar werden und in aller Regel sehr viel kostengünstiger sind. Damit können Planungen und Maßnahmen im Freiraum – zumal unter dem Diktat der knappen Haushaltsmittel – die Initialzündung zur Aufwertung eines Quartiers übernehmen.

Geeignete Prinzipien und Erfolgskriterien bei Gestaltungskonzepten in den Innenstädten und innenstadtnahen Quartieren herauszuarbeiten, ist Gegenstand meines Beitrages. Damit lassen sich Ziele und Qualitätsstandards formulieren, die an Planungs- und Umsetzungsprozesse anzulegen sind. Gleichzeitig müssen wir uns den Realitäten der Stadtentwicklung stellen, insbesondere dem demographischen Wandel und seinen Folgen auch für den räumlichen Strukturwandel der Städte und Gemeinden. Einige Städte in Niedersachsen – insbesondere in den ländlichen Regionen – verzeichnen hier dramatische Entwicklungen.

Wenn heute also die Rede von der Entwicklung der Innenstädte ist, dann schaut die Landschaftsarchitektur immer



auch durch die Brille des innerstädtischen Freiraumpotenzials. Gerade auf dem Bestand an Freiräumen als knappes Gut in der Stadt liegt ein Hauptaugenmerk unserer Disziplin mit dem Ziel der Schaffung, des Erhalts und der Inwertsetzung von Freiraumstrukturen und -qualitäten.

Diese Vorbemerkungen deuten die Richtung meiner Argumentation an: Ich möchte mich dem Beitrag, den die

Landschaftsarchitektur zu den hier anstehenden Fragen leisten kann, zunächst aus einer übergeordneten Warte nähern und dann Stück für Stück auf die Ebene der einzelnen Gestaltelemente heran zoomen. Damit betrachte ich zwei Ebenen: Erstens werfe ich einen Blick auf die Strukturebene und die Frage nach einer Optimierung des Freiraumangebotes einer Stadt als Ganzes bzw. auf Quartiersebene im Rahmen von freien oder zu schaffenden Flächenpotenzialen. Zweitens werde ich die Gestalt- und Nutzungsqualitäten in den hier zur Rede stehenden innerstädtischen Quartieren im Einzelnen betrachten.

Wenn ich meine Ausführungen mit dem Blick auf die **Strukturebene** beginne, dann deswegen, weil nach meiner Überzeugung neben der Frage der einzelnen Projekte in der derzeitigen Phase der Stadtentwicklung die Chance besteht, grundlegende Qualitätsverbesserungen in der Freiraumstruktur der Städte anzugehen.

Den Strukturwandel hatte ich angesprochen. Die hier genannten Themen sind Teil des Strukturwandels in seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Gemeinsam ist der Vielfalt, dass die Vorstellung des Stadtwachstums als einziges Paradigma der Stadtentwicklung vorbei ist, der Bestand findet (wieder einmal) Aufmerksamkeit und wird von den verschiedenen Akteuren gleichermaßen propagiert. Periphere Standorte verlieren (zumindest bei einem Teil der Nachfrager) an Attraktivität.

Im Strukturwandel verändern die Städte nicht nur ihre ökonomische und soziale Organisation, sondern auch ihre räumliche Struktur: Schrumpfungen in Wohnquartieren und Brachfallen von Gewerbestandorten zeigen sich in vielen Städten und Gemeinden. Entscheidend dabei ist, dass sich diese Prozesse nicht gleichmäßig im Raum vollziehen, sondern vielmehr Schrumpfung und Zonen

prosperierender Entwicklungen häufig unvermittelt nebeneinander stehen. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen in kleinräumigem Wechsel ist geradezu das Kennzeichen der aktuellen Situation: Während an einem Standort Flächen aus der Nutzung fallen und Baulücken entstehen, werden an anderen Standorten in der gleichen Stadt vorhandene Baulücken zu hochqualitativen – teils auch hochpreisigen – Wohn- und Gewerbestandorten entwickelt.

Vor diesem Hintergrund muss die Planung ortsbezogen und kleinräumig agieren und sich gleichzeitig zur Entwicklung von planerischen Leitlinien für den Einzelfall die Frage stellen: Was für ein Bild von der Stadtlandschaft der Zukunft haben wir als Stadtplaner, Architekten, Landschaftsarchitekten und Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner?

Freie oder im Zuge von Planungen oder Umstrukturierungsprozessen freiwerdende Flächen in der Stadt bieten aus meiner Sicht die Chance, eine offene Auseinandersetzung einzuleiten, die zwischen zwei Polen oszilliert: der Inwertsetzung der Freiräume, ihrer Einordnung in übergeordnete Freiraumstrukturen auf der einen Seite und der baulichen Schließung auf der anderen Seite – mit allen Facetten dazwischen.

Damit steckt bei allen Herausforderungen, die die aktuelle Situation der Stadtentwicklung mit sich bringt, für die Freiraumentwicklung eine enorme Chance, Ziele und Leitbilder zu formulieren und in die Realität umzusetzen, die in den letzten Jahrzehnten nicht oder mit großen Einschränkungen zu erreichen waren.

Denn das Freiwerden von Flächenpotenzialen beschert uns gleichzeitig ein Zeitfenster zur Schaffung von Freiraumstrukturen in einem Ausmaß, wie es in dieser Form

seit dem Beginn des massiven Stadtwachstums nicht gegeben war. Damit können wir heute an die Wurzeln der Freiraumplanung anknüpfen, die vor 80 bis 100 Jahren begonnen hat, systematische Beiträge zur Stadtentwicklung aus Sicht der Landschaftsarchitektur zu liefern.

Damals entstand unter dem Eindruck des rasanten Wachstums der Städte, insbesondere in den Agglomerationen, die Notwendigkeit, sich theoretisch und konzeptionell mit der Rolle von Freiraum und Landschaft auseinanderzusetzen und freiraumbezogene Modelle der Stadtentwicklung aufzustellen, häufig als Gegenmodelle zur sich weitgehend ungerichtet vollziehenden tatsächlichen Entwicklung.

Eine Reihe dieser Modelle haben die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen unserer Disziplin gelegt, sie sind bis heute prägend und bieten auch ganz aktuell die Basis für den planerischen Diskurs:

- Martin Wagners systematische Untersuchungen zum Zusammenhang von Freiraumnutzung in der Großstadt und der räumlichen Verteilung unterschiedlicher Freiraumtypen in Berlin 1915,
- Fritz Schumachers berühmter „Fingerplan“ zur komplementären Entwicklung von Siedlung und Landschaft in Hamburg aus den 20er-Jahren,
- Das Konzept der Grüngürtel in Köln von Fritz Schumacher und Konrad Adenauer aus den 20er-Jahren, heute wieder aufgegriffen im Masterplan Innenstadt von Albert Speer und Partner.

Die Qualität dieser Ideen liegt in der visionären Weitsicht, mit der damals diese Konzepte aufgestellt wurden. Heute stellen sie ein unschätzbares Potenzial für die Stadt- und Freiraumstruktur dar, das mit großer Sorgfalt zu erhalten

und entwickeln ist und Basis sein kann für zukünftige Planungen.

Die hier nur angerissenen Beispiele entstammen großen Städten mit langer Tradition in der Freiraumentwicklung, allerdings auch mit traditionell hohem Druck auf die Freiräume im Zuge von Wachstumsschüben. In kleineren und mittelgroßen Städten finden sich solche vorausschauenden Konzepte zur Freiraumentwicklung ebenfalls, sie schlummern allerdings häufig eher in der zweiten Reihe und haben ihren Platz etwa in der Flächennutzungsplanung oder Landschaftsplanung. Sie verdienen es in gleicher Weise, zum Gegenstand aktueller Planungsüberlegungen gemacht zu werden.

Denn diese Potenziale aufzugreifen – soweit im jeweiligen Kontext sinnvoll – halte ich für eine wesentliche und übergeordnete Anforderung an Planungen zur Belebung der Innenstädte. Ich plädiere also vor der Bearbeitung des einzelnen Projektes für eine integrierte Betrachtung und Beurteilung des Potenzials des jeweiligen Standortes in Hinsicht auf einen möglichen Beitrag zur Freiraumstruktur der Stadt. Dabei können die genannten historischen und aktuell fortgeführten Konzeptionen ebenso die Basis bilden wie auch ganz aktuelle Überlegungen zur Vernetzung der Freiraumstruktur in einer Stadt.

Ich hatte die Frage nach dem Bild der Stadtlandschaft der Zukunft angesprochen. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Gestalt von Freiraum in der Stadt wir wollen und uns leisten können. Karl Ganser hat vorausschauend vor längeren Jahren unter dem Stichwort „Was ist, wenn alles gebaut ist?“ die These aufgestellt, dass in absehbarer Zeit das ökonomische Potenzial nicht ausreichen wird, um alle freiwerdenden Flächen baulich zu aktivieren oder als

Parks und andere Freiräume aus dem klassischen Repertoire zu gestalten. Damit zielte er auf die Frage nach der Gestalt der sich verändernden urbanen Landschaft ab.

Hierfür ist eine Erweiterung des herkömmlichen Kanons erforderlich. Neue Bilder werden gebraucht und entstehen seit einiger Zeit: Bilder von Ruderalisierung und neuer Wildnis, von Natur auf Zeit, vom Liegenlassen des Bestandes und der Inszenierung des Verfalls bis hin zur urbanen Landwirtschaft und neuen Biotopqualitäten in der Stadt. Hieraus erwachsen Chancen, die Gestalt des städtischen Freiraums des 21. Jahrhunderts zu erproben. Wildnis und Inszenierung des Verfalls muss von Fachleuten und Nicht-Fachleuten eingeübt werden. In diesem Feld wird seit geraumer Zeit experimentiert, bis vor einigen Jahren undenkbar Assoziationen werden heute wie selbstverständlich mit dem Begriff von Freiraum verknüpft.

Soweit zunächst ein Blick auf die Strukturebene. Sie sehen, mein Plädoyer zielt auf eine integrierte Betrachtung von Flächenpotenzialen ab, ich sehe die aktuellen Entwicklungen und Programme wie die QiN-Initiative als Chance, die Freiraumstruktur einer Stadt nachhaltig zu optimieren.

Ich wende mich nun der **Objektebene**, den einzelnen Projekten zu. Freiräume bestimmen maßgeblich – auch in dicht bebauten Innenstädten – die Charakteristik eines Quartiers. Eine hohe Umfeldqualität trägt wesentlich zur Adressbildung bei. Die öffentlichen Frei- und Straßenräume ebenso wie die privaten Gärten (soweit vorhanden) oder die Innenhöfe, Eingangszonen und weitere Elemente des städtischen Raums bilden häufig wichtige Ansatzpunkte zur Identifikation und spielen eine entscheidende Rolle für das Image, die Qualität der Handels- und Dienstleistungsstandorte und die Wohnqualität und -zufrieden-

heit. Ja, bei einer Reihe von Quartieren macht das spezifische Zusammenspiel zwischen Freiraum und Architektur das unverwechselbare Erscheinungsbild der Siedlung aus.

Überlegungen zur Aktivierung eines Quartiers im Ganzen oder einzelner Flächen sollten daher wesentlich mit der freiraumbedingten Gebietsidentität eines Quartiers arbeiten und daraus die Leitlinien für eine zukünftige Gestaltung ableiten. Dies gilt umso mehr, je höher die Verdichtung ist, je geringer der Freiraumanteil im Quartier und je höher die Qualitätsanforderungen an die einzelnen Freiräume damit sind.

Auf dieser Basis sind die Prinzipien aus freiraumplanerischer Sicht zu umreißen, die bei den Fragen zur Aktivierung der Innenstädte und angrenzenden Quartiere zur Stärkung der Adresse, der Nachverdichtung, der Schließung von Baulücken und den dazugehörigen flankierenden Maßnahmen zu beachten sind.

Ich nenne vier Aspekte:

1. Freiraumbezogene Gebietsidentität, resultierend aus dem Leitbild der Entstehungszeit, vorhandene Freiraumtypologie und Zonierung der Freiräume nach ihrem sozialen Raumcharakter (Potenzial an privat, gemeinschaftlich und öffentlich nutzbaren Freiräumen)
2. Gestaltqualitäten als Beitrag zur Stärkung der Gebietsidentität und „Adressenbildung“ im Zusammenspiel öffentlicher und privater Initiativen
3. Nutzungsqualitäten zur Aneignung des Quartiers für unterschiedliche Interessen und Lebenslagen
4. Teilhabe der Menschen vor Ort an den Planungs- und Umsetzungsprozessen.

Das Repertoire, das ich hier vorschlage, weist eine hohe Konstanz auf, in den Grundzügen ist es im Zuge der intensiven Diskussionen um die Bestandsverbesserung in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden. Diese Grundanforderungen sind mit einer jeweils aktuellen und ortsbezogenen Gestaltsprache zu füllen. Ich möchte Ihnen dies Repertoire an einigen Fällen anschaulich machen.

1. Freiraumbezogene Gebietsidentität, Freiraumtypologie, Zonierung

Wenn wir von den verdichteten Innenstädten sprechen, dann haben wir es üblicherweise mit einigen wenigen spezifischen Siedlungstypen zu tun, die in Bezug auf die Potenziale zur Aufwertung und Aktivierung unterschiedlich zu betrachten sind. Je nach Stadtgrundriss und historischer Siedlungsentwicklung werden die Innenstädte von historischen Siedlungskernen geprägt, in vielen Fällen überprägt durch Kriegs- und Nachkriegsentwicklungen überformt, die die Kennzeichen der jeweiligen Epochen tragen oder sich mit den angrenzenden Quartieren verzahnen, wie

- Gründerzeitlichen Blockbebauungen,
- Zeilenstrukturen in den Siedlungen der 20er-Jahre ebenso wie in den Nachkriegssiedlungen der 50er-Jahre und
- Mischformen und unspezifische Siedlungsstrukturen in allen Abstufungen

Neben der Struktur der Innenstädte selbst sehe ich wichtige und ortsspezifische Anknüpfungspunkte in dieser Verzahnung zwischen den Zentren. An einigen Beispielen

len möchte ich Prinzipien zur Gestaltung der Freiräume verdeutlichen.

Beispiel Hannover Linden

Zahlreiche Innenstadtlagen sind geprägt von gründerzeitlichen Blockstrukturen. Die gründerzeitlichen Quartiere orientieren sich häufig an klaren rasterförmigen Erschließungsstrukturen, die zur Bildung von eindeutig umgrenzten Innenhöfen führt. Außen und innen – privat und öffentlich – sind klar voneinander getrennt. Abhängig von der Dichte und dem Überbauungsgrad der Blocks herrscht ein Mangel an Freiräumen. Üblicherweise haben wir es mit zwei Kategorien von Freiräumen zu tun:

- den öffentlichen Straßenräumen, die mit den wenigen sonstigen öffentlichen Freiräumen das Potenzial des öffentlichen Raumes bieten. In den Erdgeschosszeilen gehen Handels-, Dienstleistungsnutzungen und das Wohnen üblicherweise eine kleinräumige Mischung ortsspezifischer Dichte ein.
- den Freiräumen in den Blockinnenhöfen, in der Regel in privatem Eigentum, zugänglich in der Regel für die Anwohnerschaft oder häufiger aufgrund von Einfriedungen und Einbauten nur der jeweiligen Hausgemeinschaft, in aller Regel neben Lagerfunktionen eindeutig dem Wohnen zugeordnet.

Die öffentlichen Freiräume in Altbaugemeinden sind häufig sehr beengt und einem hohen Nutzungsdruck ausgesetzt. Der fließende und ruhende Verkehr hat sich fast jeden Winkel erobert. Die Straßenräume erhalten einen Wert als öffentlich nutzbarer Raum in gewissem Umfang über Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, der Druck auf die

verbleibenden Freiräume ist umso stärker, es kommt häufig zu massiven Nutzungskonflikten, da der Platz nicht für alle Interessen reichen kann.



Konstituierend für rasterförmige Baublocks ist die klare bauliche Umgrenzung der Blockinnenhöfe, die zu einer eindeutigen Zonierung führt. Die Blockinnenhöfe stellen ein wichtiges – vom Straßenraum abgeschirmtes – Potenzial zur privaten und gemeinschaftlichen Nutzung dar, zumal andere private Freiräume wie etwa Hausgärten in diesen Gebieten zumeist völlig fehlen. In der Flächenbilanz können die Blockinnenhöfe je nach Siedlungsstruktur mehr als die Hälfte des gesamten Freiraumanteils ausmachen. Hier liegen die Chancen zur Gestalt- und Nutzungsoptimierung oft in kleinräumigen und wenig spektakulären Planungs- und Umsetzungsverfahren.

Gestaltungsmaßnahmen in solchen Quartieren haben sich die Prinzipien dieses Bautypus zu Eigen zu machen: Eine bauliche Nachverdichtung des in der Regel äußerst knappen öffentlichen Raumes sollte die absolute Ausnahme darstellen, ebenso die Auffüllung von Blo-

ckinnenbereichen. Alles, was das Prinzip des Blockes und seine klare Zonierung unterstützt auf der anderen Seite ist aus freiraumplanerischer Sicht zur baulichen Aktivierung geeignet. Dies gilt in erster Linie für die Stärkung der Ladennutzungen in den Erdgeschosszeilen, möglichst in Benachbarung zu angrenzenden öffentlichen Plätzen oder verkehrsberuhigten Straßen, das Schließen von Baulücken einer Blockrandbebauung.

Wir können heute vielerorts die „neue Lust“ am Block beobachten. Die eindeutige Umgrenzung mit ihrer klaren Zonierung bietet zudem die Chance, eigene in sich geschlossene Nachbarschaften zu entwickeln, die relativ unabhängig von der Umgebung leben, gleichzeitig aber das Image eines ganzen Quartiers beeinflussen können. Mit diesem Typus lassen sich kleine urban villages bis hin zu „gated communities“ etablieren, wenn auch nicht immer ohne Konflikte in der Umgebung.

Beispiel Marthashof Berlin Prenzlauer Berg

Das Prinzip des Herausarbeitens der freiraumbezogenen Gebietsidentität und der Orientierung von Maßnahmen zur Aktivierung des Quartiers am vorgefundenen Bau- und Freiraumtypus im Kern oder direkter Umgebung ist in gleicher Weise auch auf andere Quartierstypen anzuwenden.

Nehmen wir z. B. Zeilenbauten der 50er-Jahre mit ihren erheblichen Flächenpotenzialen. Überlegungen zur Gestaltung dieser Quartiere – etwa vor dem Hintergrund energetischer Sanierungen zur langfristigen Bindung von Mieterpotenzialen oder von Nachverdichtungen an innenstadtnahen attraktiven Standorten – haben das Durchfließen der Siedlungsstrukturen durch parkartige Grünräume bei gleichzeitig häufig unklarer Zonierung – der viel gescholtenen Abstandgrünflächen – zu berücksichtigen.

*Beispiel Wolfsburg Friedrich-Ebert-Straße
(Neuland Wohnungsgesellschaft mbH)*

Anlass der Gestaltung der Freiräume in diesem Fall war eine energetische Sanierung der Wohnungen verbunden teilweise mit Grundrissveränderungen, Anbau von Balkonen usw. mit dem Ziel, die Mieterschaft langfristig an diesen zentrumsnahen Standort zu binden, (damit gegebenenfalls andere Standorte aufzugeben). Die Mittel für die Gestaltung der Außenanlagen sind begrenzt (da zumindest theoretisch auf die Miete umlagefähig), das Potenzial an Fläche allerdings recht groß. Gestalterischer Ansatz kann daher nur eine schlichte, fast bescheidene Materialauswahl sein, die gleichzeitig allerdings zeitgemäße Elemente beinhaltet (Gabionen, Spielelemente ...). Die Pflanzung kann in solchen Fällen ebenso aus gestalterischen wie aus Gründen der geringen Kosten eine wichtige Rolle übernehmen.



Das Wohnungsunternehmen hatte an dieser Stelle ein erhebliches – auch ökonomisches Interesse, diesen

Standort insgesamt aufzuwerten und zur Adressbildung beizutragen. Verfügbare und gestaltbare Flächen liegen siedlungstypbedingt im Eigentum des Wohnungsunternehmens, die Stadt hält an dieser Stelle über die Straßenverkehrsflächen keinen nennenswerten Flächen, in denen sichtbare Maßnahmen hätten getroffen werden können.

Aushandlungen zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen ergaben nach zähem Ringen, dass hier die private Initiative zur Attraktivierung des Quartiers der einzig richtige Weg ist, im Gegenzug wurden großzügige baurechtliche Regelungen im Rahmen der Sanierung der Gebäude vereinbart. Denn die Stadt ist sehr daran interessiert, in diesen citynahen Lagen eine kaufkräftige Klientel zu halten.

Von wem die Initiative, der Impuls zur Gestaltung eines Quartieres ausgehen kann oder sollte – von öffentlichen oder privaten Akteuren, lässt sich wie immer im Planungsgeschäft nur orts- und projektbezogen bestimmen. In jedem Fall tragen beide Akteurskonstellationen die Verantwortung für ihr Quartier.

2. Gestaltqualitäten, Adressenbildung

Über die Freiraumqualität des öffentlichen und privaten Raumes werden Identifikationsansätze geschaffen, die einen wesentlichen Beitrag zur Adressenbildung leisten können. Gestaltungsmaßnahmen können hier einen geeigneten Anlass bieten, eine längst anstehende Erneuerung des Quartiers anzupacken, schnell sichtbare Ergebnisse schaffen, damit ein Quartier als Ganzes in Wert zu setzen und auf diese Weise auch etwaige Ressentiments der ansässigen Bewohnerschaft zumindest abzumildern.

Es bietet sich an, die Freiraumgestalt unter bestimmten örtlich sinnvollen thematischen Schwerpunkten anzuze-

hen. Der Themenvielfalt sind dabei kaum Grenzen gesetzt: Die Sichtbarmachung von Prinzipien nachhaltigen Siedelns oder die Arbeit mit standörtlichen Qualitäten, um nur zwei Stichworte zu nennen.

Beispiel Marktplatz Detmold

Der Marktplatz ist vielerorts – zumal in Städten mit historischer Bausubstanz und langen Traditionen – die wichtigste Bühne des öffentlichen Lebens. So auch in Detmold, wo die Platzfläche seit längeren Jahren auf eine zunächst aus technischen Gründen notwendige Sanierung wartete. Die Meinungen über das Wie gingen allerdings im öffentlichen und fachlichen Diskurs seit Jahren weit auseinander, Folge war ein stetes Herausschieben konkreter Planungen.

Der Knoten konnte schließlich durchschlagen werden, indem ein aufwändiges kooperatives Konzeptfindungsverfahren ins Leben gerufen und umgesetzt wurde. Kaufmannschaft des Platzes, Marktbeschicker, örtliche Politik, Vereine, Kirchen usw. entsandten Vertreter in den Arbeitskreis, der in langen und teils kraftraubenden Sitzungen eine konzeptionelle Einigung herbeiführen konnte.

Die Kreativität der Menschen aus der Stadt sollten so für den Planungsprozess fruchtbar gemacht werden, ihre Vorstellungen über die Zukunft des Marktplatzes und ihre Kenntnis der Rolle im Bewusstsein der Detmolder Bevölkerung sollten die Basis für die Umgestaltung sein. Die so gewonnenen Vorschläge wurden schließlich den politischen Entscheidungsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Ergebnisse bildeten das Verfahren insofern deutlich ab, als die Leitideen keine „einheitliche“ Gestaltssprache erkennen ließen, sondern deutlicher Ausdruck der Kom-

promisshaftigkeit des von vielen divergierenden Interessen geprägten Prozesses war (Beispiel Donop-Brunnen und Platanen). Die entstandenen Gestaltqualitäten wurden und werden in der Folge kontrovers diskutiert: In der Fachwelt, eben weil kein klar ablesbarer Gestaltkanon erkennbar ist, als auch bei den Laien, weil im Konsensbildungsprozess eine Reihe von Wünschen und Vorstellungen auf der Strecke blieben.

Ohne auf Details eingehen zu wollen, war die zentrale gestalterische Frage die nach der Unterordnung des gestalteten Freiraumes unter die bedeutsame historische Bausubstanz, der Platz hat die Aufgabe, einen „Teppich“ für die Gebäude zu bilden. Dem hatte die Material- und Formensprache nachzukommen.

Beispiel St. Stephanusplatz Lüneburg

Bei dieser Maßnahme, der Sanierung eines Einkaufszentrums in der Innenstadt von Lüneburg aus den 70er-Jahren, hatte die Gestaltung die Funktion der Initialzündung zu übernehmen.

Heruntergewirtschaftete Gebäude mit nicht mehr rentierlichen Belegungen, eine städtebaulich ungünstige Erschließung für den fließenden und ruhenden Verkehr, die Bildung von Angsträumen und Schmutzdecken und manches mehr haben an dem Standort eine Abwärtsspirale eingeleitet, die allein aus privater Initiative nicht zu stoppen gewesen wäre.

Die Stadt hat hier den Impuls mit der Neugestaltung der Erschließung, Straßenumbaumaßnahmen und der Gestaltung des Eingangsplatzes im Rahmen eines Sanierungsverfahrens gesetzt. Mit dem Ergebnis, dass die Ladenbesitzer nachgezogen haben und teils neue attraktive Anbieter gewonnen werden konnten.

Beispiel Rathausvorplatz Großburgwedel, Domfrontplatz



Eine Maßnahme zur Aufwertung des Zentrums des kleinen Ortes von Seiten der öffentlichen Hand, Aufwertung einer brachgefallenen Fläche am Endpunkt der Fußgängerzone, die bis dato keine Verknüpfung zum Rathaus hatte.

3. Nutzungsqualitäten im Quartier

Neben einer anspruchsvollen und zeitgenössischen Gestalt tragen die Nutzungschancen in gleicher Weise zur Qualität eines Quartiers bei, die Trennung zwischen Gestalt- und Nutzungsqualität erfolgt dabei aus analytischen Gründen, beides ist nicht voneinander zu trennen.

Unter dem Eindruck der erhöhten Nachfrageorientierung und des demographischen Wandels sollte in dieser Hinsicht für eine standortspezifische Ausdifferenzierung gesorgt werden: Spielangebote für Kinder, Aufenthalt für ältere Menschen, an das Quartier und seine Umgebung gebundene Menschen, attraktive und zeitgemäße Aufenthaltsmöglichkeiten – all dies sind Anforderungen, die in

einem verdichteten innerstädtischen Umfeld angeboten werden müssen.

Beispiel Espelkamp Anger

Schaffung von Spielangeboten im zentralen Anger der Stadt – in Benachbarung der unter massivem Kaufkraftschwund leidenden Ladenzeilen, mit dem Ziel, die Innenstadt als Ganzes für das Publikum attraktiv zu machen.

Beispiel Espelkamp Gabelweiher

Eine Maßnahme in einem sozialen Brennpunkt mit der gleichen Intention, allerdings aufgrund der Haushaltslage nur eine punktuelle, gleichwohl wirksame, Intervention: Mit vergleichsweise geringem Aufwand werden hier in zeitgemäßer Gestalt die Potenziale des Quartiers – der Gabelweiher, neu in Szene gesetzt und Nutzungschancen aktiviert. Auch hier wird deutlich gemacht, dass der Stadtteil nicht vernachlässigt oder gar vergessen wird, sondern vielmehr in zukunftssträchtigen Fragen auch gestalterisch spezifische Ergebnisse umgesetzt werden.

4. Teilhabe der Menschen vor Ort

Bei Maßnahmen der Gestaltung im Quartier wird regelmäßig in bestehende Strukturen und soziale Geflechte eingegriffen. Wer hier planerisch tätig wird, sollte sehr genau hinhören und hinschauen, um die Ortskompetenz der Menschen für die Planung, den Bau und den alltäglichen Betrieb nutzbar zu machen. Beteiligung sollte daher im heute zum „Stand der Technik“ gehören. Dabei geht es neben der Erlangung von Kenntnissen der örtlichen Spezifika wie immer darum, die spätere Akzeptanz und Identifikation

im Vorfeld zu fördern. Beteiligung trägt damit zu einem Gefühl der Wertschätzung vor Ort bei und führt somit zu mehr Wohnzufriedenheit und damit auch pfleglichem Umgang mit der neu geschaffenen Substanz.

Soweit meine Ausführungen zur Gestaltung von Freiräumen in den Innenstädten. Nach meiner Überzeugung ist dieses Thema ein spannendes Arbeitsfeld für heute und morgen. Zur Schaffung hoher Qualitäten halte ich eine intensive Kooperation der beteiligten Akteure aus der Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, Architektur und Landschaftsarchitektur für unabdingbar. Die Landschaftsarchitekten in Niedersachsen freuen sich in diesem Sinne auf die Fortsetzung einer fruchtbaren Zusammenarbeit.



QIN

Quartiersinitiative
Niedersachsen

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Jens Imorde
Imorde, Projekt- & Kulturberatung GmbH
Schorlemerstr. 4, 48143 Münster
Tel.: 0251-52093-0, Fax: 0251-52093-33
Email: info@imorde.de

Redaktion, Text und Gestaltung:
Christoph Hochbahn

Im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für
Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integra-
tion, Postfach 141, 30001 Hannover

www.qin-niedersachsen.de



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration